

mittelstands magazin

DAS MAGAZIN DER **MIT**
FÜR ENTSCHEIDER IN
WIRTSCHAFT UND POLITIK

02
2021

APRIL/MAI 2021
WWW.MIT-BUND.DE
ISSN 1865-8873

DEUTSCHLAND-PLAN

Neustart für mehr Freiheit und Eigenverantwortung

UMWANDLUNGSVERBOT

**Weitere Erschwernis
fürs eigene Heim**

KOSTEN DER SOZIAL-
VERSICHERUNGEN

**Wie lange geht
das noch gut?**

JUNG-UNTERNEHMERIN
SARNA RÖSER IM INTERVIEW

„Der Staat kann es nicht“

Impressum

Herausgeber:

Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT), vertreten durch den Bundesvorsitzenden Dr. Carsten Linnemann MdB und den Hauptgeschäftsführer Thorsten Alsleben

Schadowstraße 3, 10117 Berlin
E-Mail: redaktion@mit-bund.de
www.mit-bund.de

Chefredaktion:

Thorsten Alsleben (v.i.S.d.P.)

Chef vom Dienst:

Hubertus Struck

Redaktion:

Micha Knodt
Richard Praetorius

Verlag, Anzeigenleitung und Druck:

Union Betriebs-GmbH (UBG)
Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach
Telefon: 02226 802-213
Telefax: 02226 802-222
E-Mail: verlag@ubgnet.de
www.ubgnet.de
Geschäftsführer: Jürgen von Meer
Projektleitung: Sonja Bach-Meiers

Art-Direktion:

UBG Büro Berlin

Titelbild:

Pcess609/stock.adobe.com

Druckauflage:

26 000 Exemplare

Anzeigenverkauf:

Nielsen I, II, V, VI
Verlagsvertretung Getz
Telefon: 02205 86179
E-Mail: info@getz-medien.de

Nielsen IIIa, IIIb, IV, VII
Braun Medien GmbH
Telefon: 0221 7881443
E-Mail: braun@braun-medien-gmbh.de

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck und Verwendung nur mit Genehmigung. © Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT). Das Mittelstandsmagazin erscheint sechsmal jährlich. Für Mitglieder der MIT ist der Bezug des Mittelstandsmagazins im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Diese Ausgabe enthält eine Beilage der Firma HelloFresh. Wir bitten unsere Leser um freundliche Beachtung.



MIT:EDITORIAL Ein Deutschland-Plan für mehr Freiheit und Verantwortung

4

von Carsten Linnemann
Der MIT-Bundesvorsitzende
legt Reformvorschläge für
den Staat vor.

MIT:KOLUMNE Es braucht eine kluge Wachstumsstrategie

8

Von Alexander Kissler
Jeder Mittelständler hätte die
Verteilung der Impfstoffe, aber
auch die Organisation der
Impftermine besser gemanagt.

MIT:TITEL

Sozialversicherungen Wie lange geht das noch gut?

10

Die Zuschüsse des Bundes zu
den Sozialversicherungen steigen
immer weiter an. Damit die Kosten
nicht explodieren, gehören
Leistungen auf den Prüfstand.

MIT:INTERVIEW

Interview mit Sarna Röser
„Der Staat kann es nicht“ 18
Die Chefin der Jungen Unter-
nehmer geht mit dem politischen
Krisenmanagement in Deutschland
hart ins Gericht.

18





Fotos: j-me/adobe.Stock.com, Frank Wagner/adobe.Stock.com, Anne Großmann Fotografie

MIT:THEMA

Umwandlungsverbot
Eigentumsbildung wird verhindert statt gefördert 14

Ein neues Gesetz soll Vermieter daran hindern, ihre Mietwohnungen in Eigentumswohnungen umzuwandeln. Das Vorhaben reiht sich ein in eine zunehmend interventionistische Baupolitik.

MIT:ERKLÄRT

Belastungen als Standortfaktor
Welche Steuern zahlen Unternehmen? 26

Die wichtigsten Steuern für Betriebe im Überblick.

MIT:DEBATTE

Pro & Contra
Brauchen wir einen staatlich festgelegten CO₂-Preis? 28

Heribert Hirte und Henry Borrmann diskutieren.



28



MIT:FAKTEN 6, 9

Familieninterne Übergaben sind aussichtsreicher, Asien setzt weiter auf Kernkraft und ein hoher Mindestlohn würde den Aufschwung in Deutschland gefährden.

MIT:INSIDE

EU-Check 30
 Neumitglieder 34
 Mitgliederstatistik 35

Ein Deutschland-Plan für mehr Freiheit und Verantwortung

*Liebe Lesenden
und Les,*

Die Corona-Pandemie deckt schonungslos auf, was wir als MIT seit vielen Jahren beklagen: Deutschland ist satt und behäbig. Wir ruhen uns auf alten Erfolgen aus, zehren von der Substanz. Statt uns zu reformieren, haben wir es uns in der Komfortzone eingerichtet. Das Versagen bei der Impf-, Masken- und Testbeschaffung sollte dem letztem Verteidiger bundesdeutscher Verwaltungsprozesse die Augen geöffnet haben: Deutschland braucht einen Neuanfang.

Für diesen Neuanfang brauchen wir kreative und leistungswillige Köpfe und den Mut zur Verantwortung. Neue Leitprinzipien brauchen wir dafür ausdrücklich nicht. Die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft sind weiterhin gültig: ein offener Leistungswettbewerb, die konsequente Koppelung von Freiheit des Einzelnen mit der Haftung für die damit verbundenen Risiken, ein schlanker und starker Staat, eine menschenwürdige Ordnung als Erfolgsrezept für Wohlstand für alle.

In diesem Geist der Freiheit und Eigenverantwortung können wir gestärkt aus der Corona-Krise herauswachsen, indem wir Freiraum schaffen für Innovationen und Zukunft. In die-

sem Geist der Freiheit und Eigenverantwortung können wir Staatsfinanzen und soziale Sicherungssysteme tragfähig aufstellen. In diesem Geist der Freiheit und Eigenverantwortung können wir als Union unser Profil schärfen.

Wie könnte ein solcher Neuanfang, ja Deutschland-Plan, der über ein „normales“ Wahlprogramm hinausgeht, konkret aussehen? Ich habe im Folgenden meine Vorschläge zusammengetragen. Ohne Denkverbote. Ohne Scheuklappen.

1. Amtszeitbegrenzung: Wir müssen die Kanzlerschaft auf zwei Legislaturperioden begrenzen. So werden Parteien gezwungen, sich permanent zu erneuern. Auch Spitzenämter in der Union und Ministerposten sollten zeitlich begrenzt werden.

2. Große Staatsreform: Wir müssen Strukturen und Hierarchien schonungslos infrage stellen, um Abläufe zu optimieren. Das föderale Zuständigkeitswarr muss beendet und Verantwortlichkeiten klar verteilt und zugeordnet werden. Auch der öffentlich-rechtliche Rundfunk muss reformiert werden.

3. Weniger Verbeamten: Verbeamten sollen nur noch im Kernbereich der sicherheitsrelevanten Staatstätigkeit vorgenommen werden: bei Polizei und Sicherheitsbehörden, in der Justiz sowie bei der Bundeswehr, nicht mehr in den Ministerien und Verwaltungen. Dort sollten Stellen nur noch neu besetzt werden, wenn zuvor zwei Stellen wegfallen.

4. EU auf Kernaufgaben konzentrieren: Die EU sollte alle Aufgaben auf untere Ebenen verlagern, die dort besser aufgehoben sind. Eine Vergemeinschaftung von Staatsschulden und eine Zusammenlegung sozialer Sicherungssysteme lehnen wir entschieden ab. Ein Insolvenzverfahren für Staaten ist überfällig.

5. Staat als Regelsetzer, nicht als Mitspieler: Der Staat ist ein miserabler Unternehmer. Wir brauchen einen Exit-Plan für Staatsbeteiligungen. Also: möglichst schnell raus aus Luftansa, Commerzbank und Co.!

6. Entfesselungs- und Entlastungspaket durchsetzen: wöchentliche statt tägliche Höchstarbeitszeit, mutige Gründerschutzzone mit minimaler Bürokratie, Einkommensteuerreform als „Mittelstandsbauchweg-Diät“, endgültige Beerdigung des



Solidaritätszuschlages, mutige Unternehmenssteuerreform für einen wettbewerbsfähigen Mittelstand.

7. Klimaschutz richtig machen: Klimaschutz erreichen wir nicht durch Planwirtschaft, Dirigismus und Verbote, sondern mit CO₂-Preisen und echtem Wettbewerb. Jede Klimaschutzmaßnahme muss dem gleichen visionären Ziel dienen: ein globaler Emissionshandel über alle Sektoren hinweg.

8. EEG-Umlage abschaffen: Die EEG-Umlage steht der Energiewende und effizientem Klimaschutz immer mehr im Weg. Die hohen Strompreise hemmen innovative Technologien, belasten die Verbraucher und treiben Industrien ins Ausland. Die EEG-Umlage gehört vollständig abgeschafft.

9. Verwaltung einheitlich digitalisieren: Wir müssen die zersplitterte IT-Zuständigkeit unterschiedlichster Ministerien und Behörden bei Bund, Länder und Gemeinden in einer zentralen Digitalagentur zusammenfassen. Diese muss als privatrechtliche Gesellschaft mit ausreichend Finanzmitteln die gesamte Verwaltung auf allen Ebenen zügig digitalisieren.

10. Sozialabgaben deckeln: Wir müssen die Expansion einer Sozialpolitik stoppen, die die Menschen in immer größere Abhängigkeit führt. Die Bürger brauchen mehr Freiraum für

Eigenvorsorge und Vermögensbildung. Die Obergrenze von 40 Prozent Lohnzusatzkosten muss dauerhaft halten.

11. Zurück zur Schwarzen Null: Wir müssen die Politik vor sich selbst und den Ausgabewünschen der Interessensgruppen schützen. Das sind wir unseren Kindern und Enkeln schuldig. Die nächste Bundesregierung muss schnell zur finanzpolitischen Solidität zurückfinden.

12. Rechtsstaat durchsetzen: Wer eine Straftat begeht, muss die Härte des Gesetzes konsequent spüren. Dazu braucht es eine Null-Toleranz-Strategie mit straffen Gerichtsverfahren und optimierter Ausstattung unserer Sicherheitsbehörden. Kein Verbrecher darf mehr aus der Untersuchungshaft entlassen werden, weil die Verfahren zu lange dauern.

13. Gesellschaftsjahr etablieren: Um den Zusammenhalt in der Gesellschaft zu stärken, spreche ich mich für ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr für junge Menschen aus. Es soll ihnen überlassen bleiben, ob sie es bei der Bundeswehr, bei Hilfsorganisationen oder in Pflege und Erziehung absolvieren.

14. Vorschulpflicht einführen: Die Sprachkenntnisse von Kindern sind spätestens ab dem dritten Lebensjahr kontinuierlich und bundes-

weit einheitlich zu überprüfen. Für Kinder, die auch ein Jahr vor der Einschulung kaum Deutsch sprechen, braucht es eine Vorschulpflicht.

15. Mehr Streitkultur wagen: Politische Korrektheit und Sprachvorgaben würgen Meinungsfreiheit und demokratischen Dialog ab. Wir dürfen uns nicht aufzwingen lassen, was und von wem noch gesagt werden darf. Wir brauchen ein klares Bekenntnis zur demokratischen Streitkultur.

Diese Liste ist nicht abschließend und könnte weitergeführt werden – ich bin sicher, Ihnen als Mitglieder fallen auf Anhieb viele weitere Reformprojekte ein. Nur: Wie münzen wir diese Punkte auch in Regierungshandeln um? Das Wahlprogramm der Union darf nicht zur Endstation für mutige Reformideen werden.

Ich fordere von den Vorsitzenden von CDU und CSU, noch vor der Bundestagswahl einen übergeordneten Zukunftsrat einzurichten. Dieser Zukunftsrat muss fernab von Parteilzwängen ein Zukunftskonzept auf Basis der Sozialen Marktwirtschaft entwickeln. In den Zukunftsrat gehören 15 Politiker und 15 Experten aus allen wichtigen Bereichen. Am Ende muss ein Deutschland-Plan für einen Neustart vorliegen, der den Geist der Freiheit und Eigenverantwortung atmet. Gemeinsame Aufgabe aller in CDU und CSU muss es dann sein, die Reformen anzupacken und umzusetzen.

Auf geht's!

Ihr Carsten Linnemann
MIT-Bundesvorsitzender



Familieninterne Übergaben sind aussichtsreicher

Unternehmen, bei denen bereits zu Beginn eines Übergabeprozesses geplant ist, dass ein Familienmitglied die Nachfolge antreten soll, sind deutlich seltener von einer Stilllegung betroffen als Unternehmen, die einen Verkauf anstreben. Zu diesem Ergebnis kommt das Institut für Mittelstandsforschung (IfM) Bonn. Insgesamt blie-

ben rund drei Viertel der gut 90.000 Betriebe, deren Übergabe geplant war, am Markt bestehen. Die stillgelegten Betriebe waren eher klein und wiesen überwiegend eine schlechte Ertragslage, eine geringere Exportorientierung oder eine geringere Investitionsneigung vor der geplanten Übergabe auf.

Aufnahme von Geflüchteten beeinflusst Wahlen

Je größer der Bevölkerungsanteil von Migranten in einer Region ist, desto besser schneiden dort rechte Parteien ab. Das zeigen Studien des RWI-Wirtschaftsforschungsinstituts. Wie aus einer Untersuchung auf lokaler Ebene hervorgeht, führt der Zuzug von Asylsuchenden dort zu einer Polarisierung. Bei guten wirtschaftlichen Bedingungen in einer Region erhöht die Einwanderung laut Studie die Unterstützung der politischen Ränder. Die Mitte-Parteien CDU und SPD würden hingegen verlieren. Bei einem wirtschaftlichen Abschwung bleibt der Effekt von Asylbewerbern auf den Stimmenanteil für die extreme Rechte stabil, schwächt sich aber für linke Parteien deutlich ab. Dabei werden explizit die Grünen genannt.

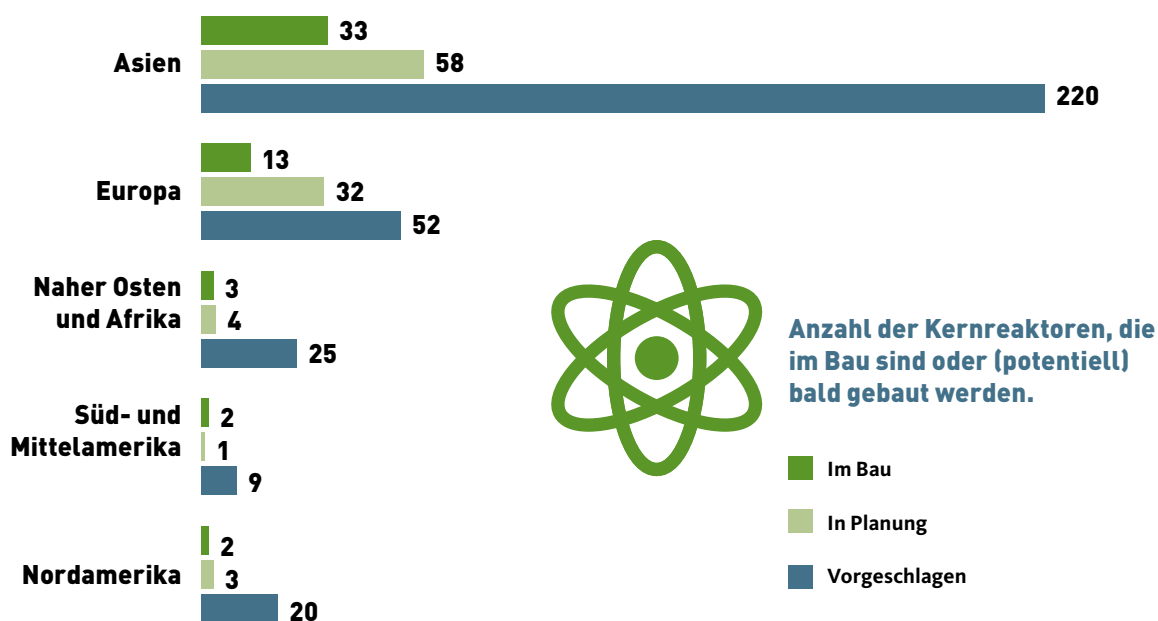
Krise trifft Gründer und Frauen härter



Selbstständige, die erst kurze Zeit am Markt sind, bekommen die Krise stärker zu spüren als etablierte. Wie aus einer Umfrage der staatlichen Förderbank KfW unter Gründern hervorgeht, haben seit Ausbruch der Krise 40 Prozent der Befragten mehr als die Hälfte ihrer Umsätze verloren. Zudem trifft die Krise Frauen härter als Männer. Das liegt vor allem daran, dass Frauen häufiger in gebeutelten Bereichen wie Gastronomie, Sozialwesen, Kunst oder Kultur arbeiten. Rund 30 Prozent halten es für wahrscheinlich, die Selbstständigkeit aufgeben zu müssen.

Asien setzt auf Kernkraft

Während Deutschland im nächsten Jahr den letzten Kernreaktor abschalten will, entwickelt das Ausland die Kerntechnologie fleißig weiter. Nach Zahlen der World Nuclear Association befinden sich Stand März 2021 weltweit 53 Reaktoren im Bau, davon 33 in Asien und 13 in Europa. Weitere 98 Reaktoren befinden sich in der Planungsphase. Auch hier sind asiatische Staaten, allen voran China und Indien, stark vertreten. Von den weltweit 442 aktiven Reaktoren sind etwa zwei Drittel älter als 30 Jahre. Kernenergie gilt wegen ihres geringen CO₂-Ausstoßes als klimafreundlich. Moderne Reaktoren sollen Energie aus bereits angefallenem Atommüll gewinnen (Ausgabe 2-2020).



Stand: Januar 2021, Quelle: World Nuclear Association

„Angezählt“

18,7 %



Fast jedes fünfte Unternehmen in Deutschland sieht sich in seiner Existenz bedroht. Das geht aus einer Konjunkturumfrage des Ifo-Instituts hervor. Demnach waren es im Februar 18,7 Prozent, nach 17,6 Prozent im November 2020 und 21,8 Prozent im Mai 2020. Besonders groß sind die Existenzängste in der Reisebranche (83,7 Prozent), bei Hotels (82,3), Restaurants und Gaststätten (72,3). Eher entspannt sind die Branchen Maschinenbau (5,6 Prozent), Elektro (4,4), Chemie (3,9), Autoindustrie (2,3), Rechts- und Steuerberater (1,2) und Pharma (0,9).

Die Krise verlangt einen agilen Staat

Von
Alexander Kissler



Dr. Alexander Kissler (51) ist Redakteur im Berliner Büro der „Neuen Zürcher Zeitung“. Zuvor schrieb er unter anderem für Cicero, FAZ und SZ. Er verfasste zahlreiche Sachbücher, zuletzt „Die infantile Gesellschaft - Wege aus der selbstverschuldeten Unreife“.

Früher hieß es, die Bundesbahn habe vier natürliche Feinde: den Frühling, den Sommer, den Herbst und den Winter. Damit war der Stab gebrochen über das bekannteste Staatsunternehmen. Ein solches ist die Deutsche Bahn AG noch immer, doch der Spott hat sich gelegt. Wer will sich schon lustig machen über einen Konzern, der auch in Pandemiezeiten traurig seine Runden dreht und trotz eines einbrechenden Kundenaufkommens unverdrossen Ibbenbüren und Bayerisch Eisenstein ansteuert? Zudem klingt das Meckern über defekte Bordtoiletten und verpasste Anschlüsse hohl, wird doch längst Größeres, Schlimmeres konstatiert, ein allumfassendes Staatsversagen. Aber stimmt das? Wird aus der Pandemie ein Staat hervorgehen, der das Vertrauen in ihn endgültig verspielt hat?

Zumindest ist das Verhältnis zwischen Staat und Bürgern derart dramatisch aus dem Lot geraten, dass sogar der Bundespräsident an eine grundlegende Verabredung erinnern muss: Vertrauen, so Frank-Walter Steinmeier in seiner Ansprache vor Ostern, beruhe in einer Demokratie auf einer „sehr fragilen Übereinkunft: Du, Staat, tust Deinen Teil; ich Bürger tue meinen.“ Fraglos hat der Staat – und das heißt: der ihn tragende Zirkel der Entscheidungsträger – seinen Part in der Corona-Krise nur unvollständig erfüllt. Auf das Impfdesaster folgte das Testdebakel. Deutschland impfte Anfang April täglich rund 0,25 Prozent

seiner Bevölkerung, in den USA waren es 1,25 Prozent. Im EU-Impfranking belegte die Bundesrepublik einen Platz im hinteren Fünftel. Der leitende Arzt eines Impfzentrums berichtete in der FAZ, Impfdosen müssten abends weggeworfen werden, weil nach 15 oder 17 Uhr niemand mehr in der Stadtverwaltung zu erreichen sei, um aktualisierte Listen mit priorisierten Personen zu erhalten. Wer sich regelmäßig testen lassen will, braucht Geduld, Glück und ein stabiles Internet. Und darauf verlassen, dass Grundrechte grundsätzlich gelten und nicht an das Vorliegen medizinischer Atteste gekoppelt sind, sollte man sich besser auch nicht.

Ein Staat, der die EU-weit größte Steuerlast erhebt, kommt in Legitimationsnöte, wenn der hohe Preis

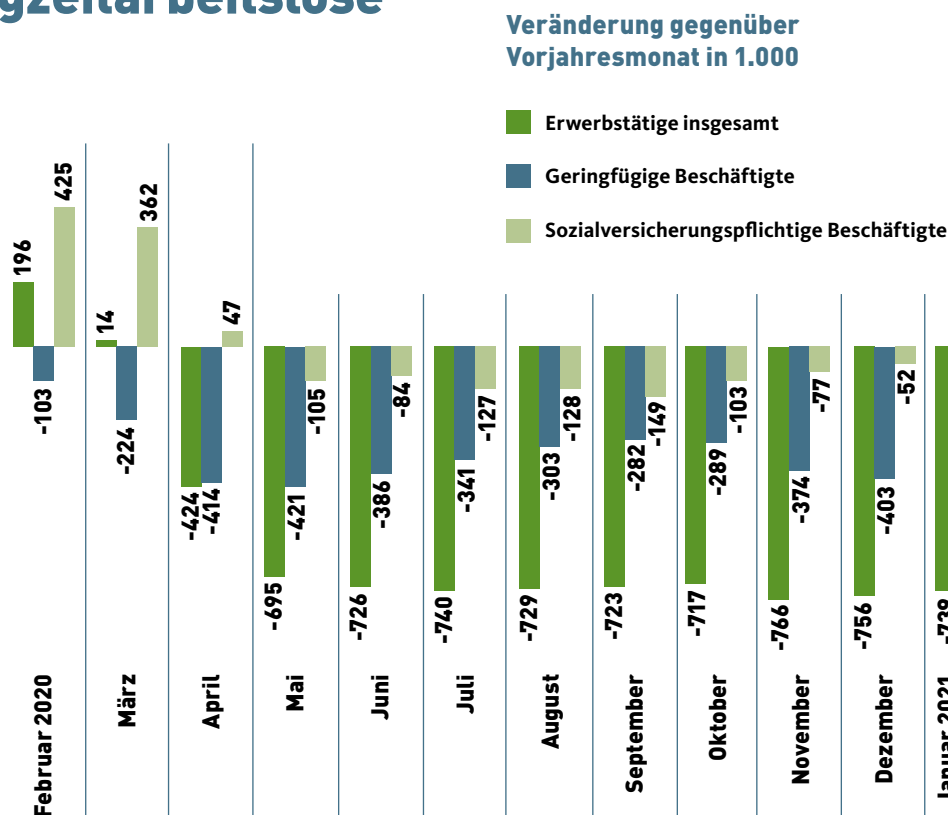
mit einem niedrigen Gegenwert korreliert. Im deutschen Schaufenster liegen Produkte vom Discounter mit Preisschildern der Luxusklasse. Die Bundesrepublik erntet in der Corona-Krise die faulen Früchte einer Staatsvergottung. Seit dem späten 19. Jahrhundert wurde der deutsche Verfassungsstaat zum „Generalagenten der Lebenszufriedenheit“ seiner Bürger „mit nahezu allumfassender Zuständigkeit“ (Annette Zimmer), zum „Zukunftssicherer und Lebensbegleiter“ (Paul Kirchhof). Nun erlebt er das Scheitern dieses Anspruchs – das unausweichliche Scheitern eines unrealistischen Anspruchs, den zu viele Bürger zu gerne erhoben haben. Heute sehen wir: Jeder Mittelständler hätte die Verteilung der Impfstoffe, aber auch die Organisation der Impftermine besser gemanagt. Um vom Versagen der EU zu schweigen. Sie wird gerupft aus der Krise hervorgehen. Mehr Europa: das klingt mittlerweile wie eine Drohung.

Wollte man aus dem vielgestaltigen Misslingen etwas lernen, kann die Moral nur lauten: Ein Staat, der seinen Bürgern misstraut, kann kein Vertrauen erwarten. Die vier natürlichen Feinde kluger Politik sind Inkompetenz, Intransparenz, Bürokratie und Allzuständigkeit. Gefragt ist ein agiler Staat, schlank in seinen Strukturen und stark in seinen Leistungen. ●

Der Beitrag gibt die persönliche Meinung des Autors wieder.

Eine Million Langzeitarbeitslose

Im Februar 2021 gab es in Deutschland gut eine Million Langzeitarbeitslose. Das waren 41 Prozent mehr als im Februar 2020. Zuletzt war die Zahl derjenigen, die länger als ein Jahr arbeitslos waren, im Jahr 2015 so hoch. Vor allem jüngere sind betroffen: In der Gruppe der unter 25-Jährigen verdoppelte sich die Zahl gegenüber dem Vorjahr, bei den 25- bis 35-Jährigen lag das Plus bei 55 Prozent. Auch bei Akademikern gab es mit plus 64 Prozent einen großen Anstieg. Ein wesentlicher Grund für den Anstieg ist die gesunkene Zahl offener Stellen. Forscher gehen davon aus, dass sich der Trend fortsetzt. Insgesamt gab es im Januar 2021 fast 740.000 Erwerbstätige weniger als im Januar 2020.



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Statistisches Bundesamt, 2021 IW Medien/iwd



Kumulieren und Panaschieren

Bei der Kommunalwahl am 14. März in Hessen konnten die Wähler ihre Stimmen wieder kumulieren (anhäufen) und panaschieren (mischen). Dabei haben Wähler mehrere Stimmen – in der Regel so viele, wie Sitze im zu wählenden Parlament zu vergeben sind. Sie können diese Stimmen innerhalb einer Bewerberliste gezielt verteilen (kumulieren) und so favorisierten Kandidaten einer Partei bis zu drei Stimmen geben und anderen weniger oder gar keine. So rücken Kandidaten mit vielen Stimmen auf der Liste weiter nach oben. Die Anzahl der Mandate, die eine Partei erhält, hängt von der Gesamtzahl ihrer Stimmen ab. Panaschieren heißt, dass Wähler ihre Stimmen auch auf Listen verschiedener Parteien verteilen können. Bis auf Berlin, Nordrhein-Westfalen und das Saarland sehen die Kommunalwahlsysteme aller Bundesländer zumindest eine der beiden Wahlformen vor.

Hoher Mindestlohn gefährdet Aufschwung

Eine deutliche Anhebung des Mindestlohns würde Deutschlands wirtschaftlichen Aufschwung nach der Corona-Krise erheblich gefährden. Laut Institut der deutschen Wirtschaft (IW) würde eine Anhebung auf 12 Euro dreimal stärker in das Tarifsystem eingreifen als die Einführung des Mindestlohns 2015. Rund ein Fünftel aller Tarifgruppen wäre betroffen. Die Folgen des SPD-Vorhabens wären gerade für kleine Läden mit niedrigem Gehaltsniveau wie Cafés oder Hotels schwierig. Der Mindestlohn wird zum 1. Juli auf 9,60 Euro erhöht. Bis Mitte 2022 soll der Satz auf 10,45 Euro erhöht werden.



Wie lange geht das



Die Zuschüsse des Bundes zu den Sozialversicherungen steigen immer weiter an. Damit die Kosten für Renten-, Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung nicht explodieren, gehören manche Leistungen auf den Prüfstand.

noch gut?

Die Sozialversicherungen sind eine deutsche Erfolgsgeschichte. 1883 wurde die Krankenversicherung von Otto von Bismarck auf den Weg gebracht. 1884 folgte die Unfallversicherung, 1889 die Rentenversicherung. Die Arbeitslosenversicherung entstand 1927, die Pflegeversicherung 1995. Diese fünf Versicherungen bilden heute die gesetzlichen Sozialversicherungen. Sie sichern die Bevölkerung gegen Unfall, Krankheit, Alter, Arbeitslosigkeit und Invalidität ab. Die Sozialversicherungen sind die Grundlage für den Sozialstaat. Die Finanzierung der Sozialversicherungen, mit Ausnahme der Unfallversicherung, erfolgt durch das beitragsfinanzierte Umlagesystem. Das heißt, dass die

geht schon länger nicht mehr auf, der Bund bezuschusst mit Steuergeldern. Entsprechend steigen die Sozialausgaben des Bundes gemessen am Bruttoinlandsprodukt seit Jahren konstant an. Über die Hälfte des Bundeshaushaltes fließt mittlerweile in die Sozialversicherungen. Allein seit 2018 ist der Bundeszuschuss um 16,5 Prozent gestiegen und liegt nun bei etwas über 130 Milliarden Euro.

Zahl der Beitragszahler sinkt

Dass die Kosten der Sozialversicherungen in den kommenden Jahrzehnten drastisch sinken, ist so gut wie ausgeschlossen. Das Ausmaß des demografischen Wandels wird erst in den kommenden Jahren, mit dem Eintritt

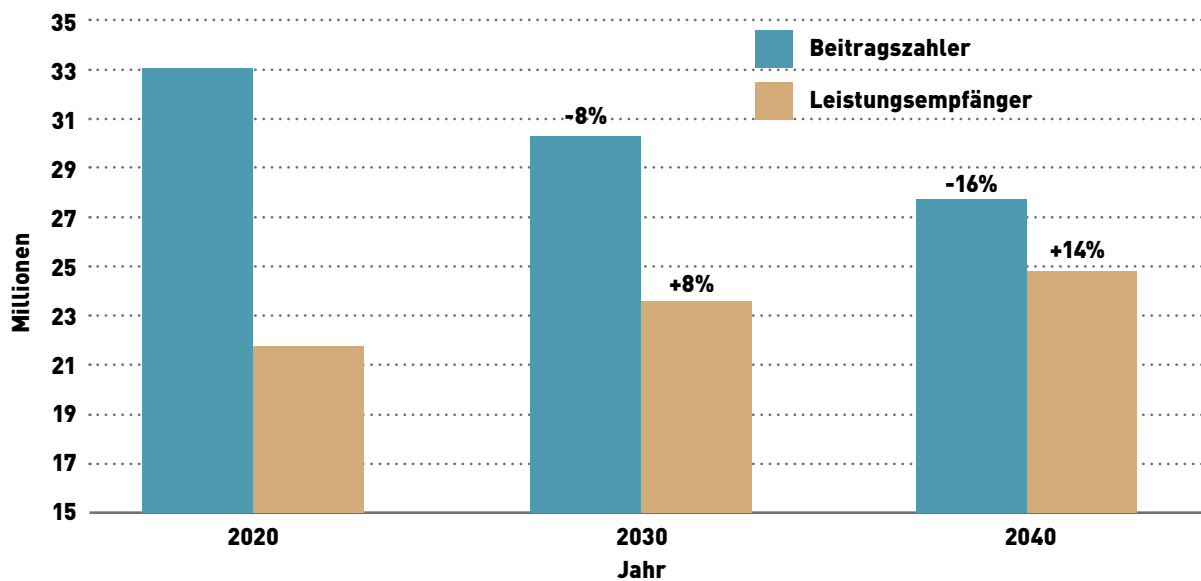
„Damit die Rente auch in Zukunft finanzierbar bleibt, darf es keine Denkverbote geben“

Jana Schimke, CDU-Arbeitsmarktexpertin

eingezahlten Beiträge direkt wieder an die Leistungsempfänger ausgezahlt werden. Die Beitragszahler haben im Gegenzug einen Leistungsanspruch, etwa wenn sie in Rente gehen.

Allerdings stößt das Umlagesystem schon seit längerem an seine Grenzen. Der Hauptgrund dafür ist der demografische Wandel, aber auch die Wiedervereinigung und steigende Arbeitslosigkeit rissen ein Loch in die Sozialkassen. Eigentlich sollen sich die Sozialversicherungen aus den Beiträgen finanzieren. Doch diese Rechnung

der Babyboomer-Generation in die Rente, vollends spürbar sein. Rentengeschenke wie die Rente mit 63 belasten die junge Generation zusätzlich. Gleichzeitig sind keine Mehreinnahmen zu erwarten. Der Anteil der Beitragszahler wird laut Zahlen des Bundeswirtschaftsministeriums bis 2040 um 16 Prozent sinken. Die Zahl der Beitragsempfänger hingegen wird um 14 Prozent steigen. Außerdem haben Union und SPD festgelegt, dass die Sozialabgaben für Arbeitnehmer und Arbeitgeber bei unter 40 Prozent des



Quelle: Bundesministerium der Finanzen

Veränderung der Anzahl der Beitragszahler und Leistungsempfänger in der Gesetzlichen Rentenversicherung im Vergleich zu 2020 (in Mio.)

Einkommens stabilisiert werden sollen. Das lässt kaum Spielraum, denn schon heute liegt der durchschnittliche Anteil bei 39,9 Prozent. Kinderlose Beitragszahler liegen schon heute über der Grenze von 40 Prozent, da sie einen höheren Sozialversicherungsbeitrag zahlen müssen.

Es ist also keine Frage, ob die Finanzierung der Sozialversicherungen reformiert werden muss, sondern wie. Reformvorschläge gibt es viele. Bundesgesundheitsminister Jens Spahn und Bundesarbeitsminister Hubertus Heil haben mehrere Entwürfe für Reformen, vor allem im Gesundheits- und Pflegebereich, erarbeitet. Doch die Pläne sind mit hohen zusätzlichen Ausgaben verbunden. Spahns Reform der Pflegeversicherung soll rund sechs Milliarden Euro jährlich kosten. Hubertus Heil will für 2023 zehn Milliarden Euro mehr Zuschüsse für die Rente. Das Geld dafür soll aus dem Bundeshaushalt kommen.

Insbesondere bei der Pflege kritisiert die MIT, dass das Leistungsspektrum in den letzten Jahren konstant ausgeweitet wurde. Zudem werden auch hier, wie bei der Rente, zukünftig mehr Pflegebedürftigen weniger Beitragszahler gegenüberstehen.

Spahns Pflegereform sieht weitere Leistungen, insbesondere eine Deckelung der Eigenanteile, vor. Die MIT dagegen will die Pflegeversicherung in ihrer Grundausrichtung als „Teilkasko-Versicherung“ erhalten. „Die Pflegeversicherung war nie als Vollkaskoversicherung gedacht“, sagt der CSU-Bundestagsabgeordnete und Co-Vorsitzende der MIT-Gesundheitskommission, Stephan Pilsinger. Die Pflegeversicherung solle einen Teil der hohen Kosten tragen. „Sie muss aber auch finanzierbar bleiben, damit die Abgaben auf Arbeit nicht weiter steigen.“ Die MIT fordert die Bundesländer in einem Beschluss auf, ihrer Verantwortung nachzukommen und mehr Geld in Pflegeeinrichtungen zu investieren. Außerdem spricht sich die MIT für eine betriebliche Pflegezusatzversicherung aus, welche staatlich gefördert wird.

Die Rente ist sicher?

Der CDU-Bundesfachausschuss soziale Sicherung und Arbeitswelt hat Ende des letzten Jahres Vorschläge zur Rentenpolitik vorgestellt. „Angesichts des demografischen Wandels wird es in Zukunft mehr Rentner und weniger Arbeitnehmer geben. Blicke

alles wie es ist, wäre die Rente auf Dauer nicht finanzierbar“, heißt es in dem Papier. Die Arbeitsgruppe will den Generationenvertrag erneuern und einen Lastenausgleich zwischen den Generationen schaffen. Deswegen sollen grundsätzlich bei allen zukünftigen Reformen der gesetzlichen Rentenversicherung die Belastungen zu gleichen Teilen auf die Beitragszahler und die Rentenempfänger verteilt werden. „Belastungen durch den demografischen Wandel können nicht einseitig nur durch Veränderung einer Stellschraube zu Lasten einer Generation aufgefangen werden“, schreiben die Autoren.

Union und SPD haben die Leistungen der Rentenversicherung immer mehr ausgeweitet: Rente mit 63, Mütterrente, Grundrente, Erwerbsminderungsrente und die Anhebung des Rentenniveaus auf 48 Prozent bis 2025. Aber eine Antwort auf die zentrale Frage, wie weniger Beitragszahler für mehr Rentner aufkommen können, hat die große Koalition bislang nicht. Vor allem an die wohl wichtigste und effektivste Stellschraube, das Renteneintrittsalter, trauten sich Union und SPD nicht heran. Der CDU-Fachausschuss wagt dies nun: „Gewonnene Lebenszeit muss aber zur Erhaltung der Generationengerechtigkeit auch zum Teil in Erwerbstätigkeit verbracht werden.“ Dies soll durch stärkere

Anreize für längeres Arbeiten erreicht werden. Auch soll das Renteneintrittsalter individualisiert werden. Damit will man unterschiedlichen Arbeits- und Lebenssituationen gerecht werden. Ein Dachdecker könnte dann früher in Rente gehen als ein Bürokaufmann – ohne Abschläge bei der Rente befürchten zu müssen. Wie das allerdings in der Praxis ermittelt werden soll, bleibt offen.

Generationengerechtigkeit ins Grundgesetz

Auch soll die gesetzliche Rente von einem reinen Umlagesystem zu einem Mischsystem aus Umlage und Kapitalanlage umgebaut werden. Dabei soll eine Körperschaft des öffentlichen Rechts eingerichtet werden, die einen Rentenfonds für die Kapitalanlage aufbaut und betreut. Die MIT hat kürzlich eigene Vorschläge für die Zukunft der Rentenversicherung erarbeitet. Beide Papiere haben ähnliche Ansätze, etwa bei der Flexibilisierung des Renteneintrittsalters. Auch sehen beide Papiere vor, die Rentenversicherung breiter aufzustellen und neben der staatlichen auch die betriebliche und private Altersvorsorge zu stärken. Einen durch Schulden finanzierten Staatsfonds in der Verantwortung der Ren-

tenversicherungen lehnt die MIT aber ab. Bei der Generationengerechtigkeit geht die MIT weiter als das Papier des CDU-Fachausschusses. Die MIT will die Generationengerechtigkeit bei der Altersvorsorge im Grundgesetz festschreiben. „Damit die Rente auch in Zukunft finanzierbar bleibt, darf es keine Denkverbote geben“, sagt die stellvertretende MIT-Bundvorsitzende und Co-Vorsitzende der Arbeits- und Sozialkommission, Jana Schimke. Es müssten deshalb auch „Fehlentscheidungen der Vergangenheit“ korrigiert werden. Die Einführung der Rente mit 63 ist aus ihrer Sicht ein Fehler, „da sie dem Arbeitsmarkt Fachkräfte und der Rentenversicherung Beitragszahler entzieht“. Zudem setze sie Anreize für gesunde und gut qualifizierte Fachkräfte, frühzeitig in Rente zu gehen. Aus Sicht der MIT lässt sich nur durch die Verlängerung der Erwerbsphase ein noch stärkerer Anstieg des Rentenbeitragsatzes verhindern.

Nachhaltige Finanzierung

Dass sich bei den Sozialversicherungen in den kommenden Jahren große Finanzierungslücken auftun werden, war schon vor der Corona-Krise absehbar. Die Pandemie hat diese Ent-

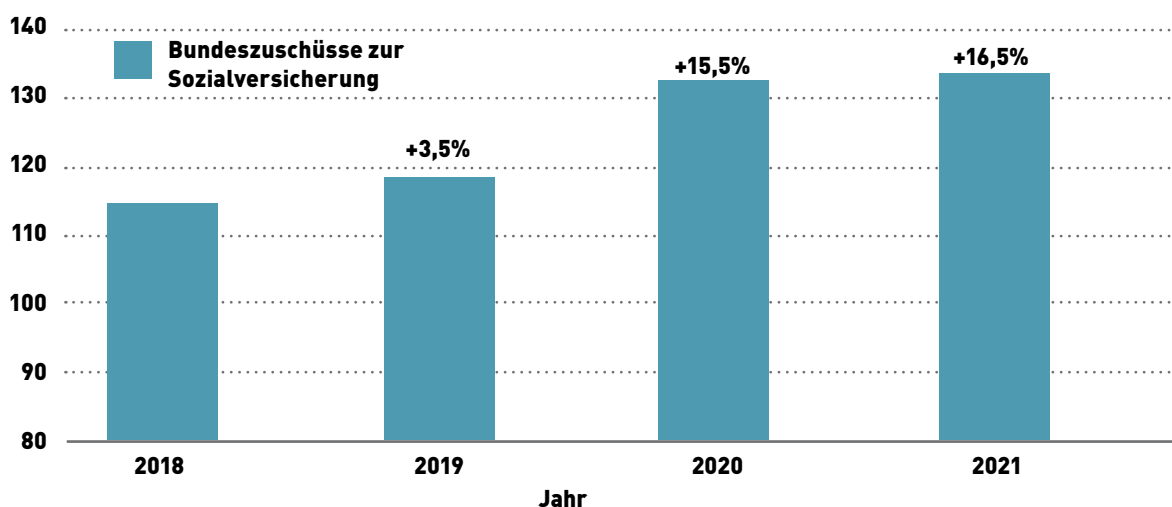
wicklung aber noch einmal deutlich verstärkt. Dennoch wurden immer wieder erhebliche Leistungsausweitungen beschlossen, ohne für eine nachhaltige Finanzierung zu sorgen.

„Um das hohe Niveau der sozialen Absicherung in Deutschland aufrecht erhalten zu können, muss sich das Sozialstaatsversprechen künftig wieder stärker an der tatsächlichen Hilfebedürftigkeit der Anspruchsberechtigten und den finanziellen Rahmenbedingungen ausrichten“, heißt es in einem Beschluss des MIT-Bundesvorstands. Grundrente, Mütterrente oder die geplante Pflegereform würden diesem Anspruch nicht gerecht. Die Ausweitung der Steuerfinanzierung müsse gestoppt werden, die Finanzierung und Kosten künftige Reformen transparent gemacht werden. Die MIT setzt sich deswegen für ein Leistungsmoratorium für alle Zweige der Sozialversicherungen ein. Dann dürfte es künftig ohne nachhaltige Finanzierung keine Ausweitung der Leistungen in den Sozialversicherungen mehr geben. ●



Micha Knodt
Redakteur
knodt@mit-bund.de

Veränderung der gesamten Bundeszuschüsse zur Sozialversicherung im Vergleich zu 2018 (Mrd. Euro)



Quelle: Bundesministerium der Finanzen

UMWANDLUNGSVERBOT

Eigentumsbildung wird verhindert statt gefördert

Mit einem neuen Gesetz will die Bundesregierung Vermieter daran hindern, ihre Mietwohnungen in Eigentumswohnungen umzuwandeln. Das Vorhaben reiht sich ein in eine zunehmend interventio-nistische Baupolitik, die am Ende genau das erreicht, was sie eigentlich verhindern will: höhere Preise, weniger Neubau und mehr Investoren aus dem Ausland.

Verzweifelte Wohnungssuchende in Ballungsräumen konnten es kaum glauben: Bundesbauminister Horst Seehofer sprach beim „Wohngipfel“ im Februar in Berlin von einer „stolzen Bilanz“. Und Bundeskanzlerin Angela Merkel stellte fest, man habe „einiges zustande gebracht“. Das mag für viele Punkte stimmen: 115.000 neue Sozialwohnungen statt wie geplant 100.000 sollen bis Jahresende entstehen. Das Wohngeld als staatlicher Zuschuss für Geringverdiener wurde mehrfach angehoben und wird an mehr Empfänger gezahlt. Familien werden beim Immobilienkauf oder -neubau mit dem Baukindergeld bezuschusst. Bis Februar gingen 310.000 Anträge mit einem Volumen von insgesamt 6,5 Milliarden Euro ein. Höhere Förderungen gab es darüber hinaus beim Städtebau, beim frei finanzierten Mietwohnungsbau und bei der energetischen Gebäudesanierung.

Zu wenig Wohnungen gebaut

Aber eine entscheidende Zielmarke wurde verfehlt: Geplant waren 1,5 Millionen neu gebaute Wohnungen. Stattdessen wurden erst 900.000 Wohnungen fertiggestellt. Für 300.000 weitere gibt es Baugenehmigungen. Der längerfristige Aufwärtstrend wurde damit in den vergangenen Jahren eher abgebremst.

„Insgesamt sind die Erfolge mager“, fasst Michael Voigtländer vom Institut der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln zusammen. Der Immobilienexperte hinterfragt zudem die Fixierung auf einen bestimmten Wert. „Schließlich kommt es beim Wohnungsbau vor allem darauf an, wo gebaut wird“, sagt er. Außerdem könne die Bundesregierung nicht selbst bauen, sondern nur die Rahmenbedingungen verbessern. „Und hier ist zu wenig passiert: Der Flaschenhals ist das Bauland, das von den Kommunen ausgewiesen werden muss“, sagt Voigtländer.

Mehr Bauland nötig

An dieser Stelle will die Bundesregierung mit einem Baulandmobilisierungsgesetz ansetzen. Das Gesetz soll mehr Flächen für den Wohnungsbau schaffen. „Überall dort, wo neuer Wohnraum entstehen soll, verein-



fachen und beschleunigen wir die Prozesse, damit die Kommunen Bauland leichter aktivieren und Baugenehmigungen schneller erteilen können“, beschreibt Minister Seehofer das Ziel. Geplant ist unter anderem eine Ausweitung der Möglichkeiten, ein Baugeschäft zu verhängen. Damit kann eine Gemeinde Eigentümer verpflichten, Grundstücke innerhalb einer Frist zu bebauen. Weiterhin ist die Wiedereinführung einer Regelung zum unkomplizierteren Bauen am Ortsrand vorgesehen. Das kommunale Vorkaufsrecht, das bislang auf die Gebiete mit Milieuschutz begrenzt war, soll auf den gesamten angespannten Mietwohnungsmarkt erweiterbar sein.

Streitpunkt Umwandlungsverbot

Noch steckt der Gesetzentwurf aber im parlamentarischen Verfahren fest. Streitpunkt ist das sogenannte Umwandlungsverbot. Geplant ist, dass in Gebieten mit hohen Mieten und knappem Wohnraum die örtlichen Behörden einer Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen zustimmen müssen. So sollen Mieter vor „Verdrängung“ geschützt werden.

Der Kabinettsbeschluss sieht Ausnahmen vor, etwa wenn Eigentümer Wohnungen an Familienmitglieder zur eigenen Nutzung verkaufen. Die neuen Regelungen sollen zunächst bis Ende 2025 gelten. „Wenn Mietwohnungen in Eigentumswohnungen umgewandelt und verkauft werden,

droht Mieterinnen und Mietern schnell eine Eigenbedarfskündigung. In ohnehin angespannten Wohnungsmärkten ist dies ein Riesenproblem für alteingesessene Mieterinnen und Mieter“, betonte Bundesjustizministerin Christine Lambrecht (SPD).

„Staatliche Interventionsspirale“

Der Eigentümerverband Haus und Grund sieht in dem Vorhaben hingegen ein Zurückdrehen der „Demokratisierung des Ei-

„Der Flaschenhals ist das Bauland, das von den Kommunen ausgewiesen werden muss.“

Michael Voigtländer, Immobilien-Experte

gentums“. Die Möglichkeit, Wohnungseigentum zu begründen, habe man überhaupt erst geschaffen, um der dramatischen Wohnungsnot nach dem Zweiten Weltkrieg zu begegnen. „Dass die Große Koalition über-

haupt glaubt, die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen einschränken zu müssen, ist das Ergebnis ihrer verfehlten Politik aus Mietpreisbremse und Mietspiegelmanipulation“, kritisiert Kai Warnecke, Präsident von Haus und Grund. Die Einschränkung der Umwandlung sei „der Einstieg in eine immer weitreichendere staatliche Interventionsspirale“.

„Statt eine Verbotsdebatte zu führen, sollten wir Eigentumsbildung fördern und Mieter auf dem Weg in die eigenen vier Wände unterstützen.“

Jan-Marco Luczak, CDU-Rechtspolitiker

Erschwerter Zugang zu Eigentum

Auch IW-Ökonom Voigtländer warnt davor, dass das Umwandlungsverbot vor allem den Zugang für Selbstnutzer versperrt. „Schon heute haben Mieter bei

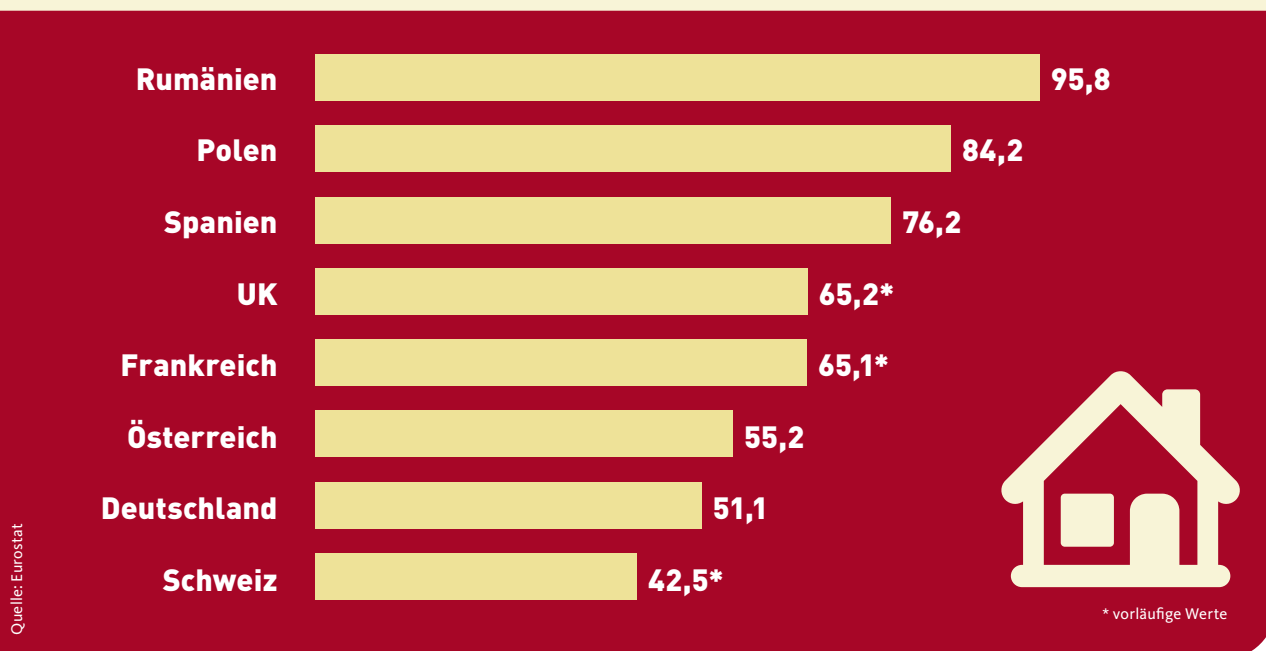
Umwandlungen ein Vorkaufsrecht, davon machen sie aber kaum Gebrauch“, so der IW-Ökonom. Dies liege nicht an den laufenden Finanzierungskosten, die aufgrund der niedrigen Zinsen zu stemmen seien. „Ursächlich sind vielmehr die geringen Ersparnisse der Mieter, denn allein für Grunderwerbsteuer, Notar und Grundbuch müssen in einigen Bundesländern acht Prozent der Kaufsumme bezahlt werden.“ Hinzu komme das Eigenkapital, das in die Bankfinanzierung eingebracht werden müsse.

Genau hier sollten die Städte laut Voigtländer ansetzen: Würde man den Mietern Nachrangdarlehen gewähren, also Kredite, die andere Banken als Eigenkapitalersatz akzeptieren, könnten viel mehr Mieter ihre Wohnung kaufen.

Gesetz verhindert keinen Ausverkauf

Angestoßen wurde die geplante Reform wohl auch durch Erfahrungen der Hauptstadt. Dort kauften teils ausländische Investoren Mehrfamilienhäuser auf, um durch eine Umwandlung die Bestandsmieter durch zahlungskräftigere Neumieter zu ersetzen. Anschließend wurden die dann oftmals sanierten Wohnungen wieder an Kapitalanleger verkauft. „Ein Umwandlungsverbot wird solche Geschäftspraktiken aber kaum verhindern“, gibt Voigtländer zu bedenken. „Statt die Wohnungen einzeln zu verkaufen, werden die Mehrfamilienhäuser dann an andere Investoren verkauft.“

Wohneigentumsquoten in ausgewählten Ländern Europas 2019 (in %)



Ob der Verkauf an Großinvestoren für die Mieter besser ist, bezweifelt Voigtländer. Laut einer Untersuchung im Auftrag des Bundesinstituts für Bau-, Stadt und Raumplanung erhöhen Kleinvermieter die Mieten gerade in angespannten Märkten seltener als Unternehmen – auch, weil ihnen ein unbelastetes Verhältnis zum Mieter wichtig ist.

Eigentumsbildung fördern

Vertreter der MIT drängen deshalb darauf, das umstrittene Umwandlungsverbot aus dem Gesetz zu nehmen und vielmehr die Eigentumsbildung zu fördern. „Möglichst viele Menschen sollen sich den Traum von der eigenen Immobilie erfüllen können“, sagt Christoph Ploß, Landesvorsitzender der CDU Hamburg und Co-Vorsitzender der MIT-Baukommission. Ein Umwandlungsverbot stehe dem entgegen. Kritik äußert auch der rechtspolitische Sprecher der Unionsfraktion, Jan-Marco Luczak. „Statt eine Verbotsdebatte zu führen, sollten wir Eigentumsbildung fördern und Mieter auf dem Weg in die eigenen vier Wände unterstützen“, fordert er. Wenig Verständnis haben Ploß und Luczak daher für Vorstöße der Grünen, den Neubau von Einfamilienhäusern einzuschränken. „Wer wie die Grünen Einfamilienhäuser verbieten will, nimmt den Menschen ihre Träume. Denn vier von fünf Deutschen hegen diesen Traum von den eigenen vier Wänden“, sagt Luczak.

Studien: Mietbegrenzungen schaden eher

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung kam bereits 2019 in einer Studie zu dem Ergebnis, dass die Mietpreisbremse kaum wirkt. Ohne sie würden Bestandsmieten in beliebten Wohngebieten gerade einmal zwei bis vier Prozent höher liegen.

Ein Vergleich des Verbands der Immobilienwirtschaft (ZIA) der gesetzlichen Mietobergrenzen mit dem örtlichen Mietspiegel in Berlin wies zudem auf eine soziale Ungleichheit hin: So profitierten vom im April vom Bundesverfassungsgericht aufgehobenen Berliner Mietendeckel gerade Bestandsmieter in Top-Lagen wie Charlottenburg, während die Mietsenkungen in den Plattenbauten von Marzahn-Hellersdorf vergleichsweise gering ausfielen.

Auf eine weitere Verschärfung weisen verschiedene Betrachtungen der Onlineportale ImmoScout24 und Immowelt hin. So sank seit Inkrafttreten des Mietendeckels im vergangenen Jahr die Zahl der angebotenen Mietwohnungen signifikant. Noch nie war es für Zuzügler so schwer, in Berlin eine Wohnung zu finden. Offenbar werden frei werdende Wohnungen vermehrt an Freunde und Verwandte vermittelt – oder die Eigentümer entscheiden sich gleich zum Verkauf.



Das geplante Umwandlungsverbot dürfte den Zugang zu Wohneigentum zusätzlich erschweren, warnt Prof. Dr. Michael Voigtländer. Er leitet beim Institut der deutschen Wirtschaft das Kompetenzfeld Finanzmärkte und Immobilienmärkte.

Kosten senken, Subventionen streichen

Die MIT setzt sich in der CDU/CSU-Fraktion dafür ein, neben dem Umwandlungsverbot auch das erweiterte kommunale Vorkaufsrecht und die zusätzlichen Baugebote zu streichen. Außerdem sollen die Länder den vom Bund festgelegten Grunderwerbsteuersatz von 3,5 Prozent nicht überschreiten dürfen. Denn gerade die Grunderwerbsteuer stellt einen erheblichen Kostenfaktor beim Immobilienkauf dar. Teure Subventionen wie das Baukindergeld, das eher zu Mitnahmeeffekten durch Familien führt, die ohnehin gebaut hätten, sollen dagegen gestrichen werden. Stattdessen fordert die MIT eine Senkung der hohen Baunebenkosten, schnellere Planverfahren, mehr Investitionen in die Digitalisierung der Bauämter und in qualifiziertes Personal. „Diejenigen, die sich den Traum von den eigenen vier Wänden erfüllen wollen, aber auch diejenigen, die zur Miete wohnen, würden von solchen Maßnahmen mehr profitieren als von ideologischen Griffen in die Mottenkiste“, heißt es dazu im MIT-Beschluss. ●



Hubertus Struck
Redakteur/CvD
struck@mit-bund.de

INTERVIEW MIT SARNA RÖSER

„Der Staat kann es nicht“

Sarna Röser führt den Verband der Jungen Unternehmer. Im Interview mit Mittelstands-Chefredakteur Thorsten Alsleben spricht die designierte Unternehmensnachfolgerin über das Krisenmanagement der Bundesregierung, die Lehren aus der Krise und die Unterschiede zwischen Unternehmern und Politikern.





Frau Röser, wenn Deutschland ein Unternehmen wäre, wie würden Sie den Zustand beschreiben?

Sarna Röser: Als nicht wirklich gesund. Das Krisenmanagement, das wir momentan erleben, ist miserabel – in einem Unternehmen hätte die Chefetage ernsthafte Probleme, ihre schwächelnde Leistung zu erklären. Deutschland braucht endlich ein effektives und vor allem gut organisiertes Krisenmanagement. Wir brauchen dafür einen Paradigmenwechsel. In den letzten Monaten haben wir gesehen: Der Staat kann es nicht. Jedenfalls nicht alleine. Wir brauchen auch in der Pandemie eben weniger Staat und mehr Marktwirtschaft. Dafür können Unternehmer wichtige Unterstützung leisten.

Sarna Röser ist Juniorchefin der Karl Röser & Sohn GmbH. Das Bild zeigt sie im familieneigenen Zementrohr- und Betonwerk in Mündelsheim. Sie wünscht sich von der Union „einen klareren Fokus auf Werte wie Freiheit, Eigentum, Verantwortung und Wettbewerb“.

Was würden Sie jetzt anders machen in der Corona-Politik?

Mehr Tempo und mehr Kompetenz reinbringen. Die Pandemie kann nur mit einer gemeinsamen Kraftanstrengung von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft als „Team Deutschland“ schnell überwunden werden. Wir Familienunternehmer stehen bereit und haben bereits der Bundeskanzlerin und den Ministerpräsidenten aktiv unsere Hilfe angeboten.

Was heißt das konkret?

Wir brauchen flächendeckende Testangebote und müssen schneller ans Impfen kommen. Natürlich wissen wir, dass der Impfstoff momentan nicht ausreichend zur Verfügung steht. Aber jetzt ist genau die Zeit, um alles vorzubereiten. Wir haben seitens der Wirtschaft angeboten, unsere Betriebsärzte aktiv mit einzubinden. Vereinzelt gibt es Modellprojekte, in denen die Mitarbeiter ein Impfangebot

Foto: Anne Großmann Fotografie



durch Betriebsärzte erhalten. Warum gibt es das nicht gleich in ganz Deutschland? Das gleiche gilt beim Testen: Hier sollten wir viel stärker die privaten Akteure mit einbeziehen, die die nötige Logistik beherrschen. Das heißt: Apotheken, Drogeriemärkte, Supermärkte. Die Wirtschaft kann viel mehr unterstützen. Wir sind kreative Problemlöser. Wir verfügen über die Logistik, können organisieren und sind kompetent. Wir haben uns immer wieder angeboten. Für mich ist es unverständlich, dass die Regierungen von Bund und Ländern unsere Hilfsangebote bis heute nicht angenommen haben.

„Wir brauchen auch in der Pandemie weniger Staat und mehr Marktwirtschaft.“

Sie sehen im flächendeckenden Testen eine Lösung. Was halten Sie von dem Kabinettsbeschluss, dass Unternehmen verpflichtend Tests anbieten müssen?

Wir haben dazu eine Umfrage unter den rund 6000 Mitgliedern des Familienunternehmerverbandes gemacht. 85 Prozent der Unternehmer wollen testen, aber sie stehen vor ganz praktischen Problemen. Wo bekommen sie Tests in ausreichender Menge, wie werden sie bearbeitet, wer haftet? Die Testpflicht wurde beschlossen, ohne ganz praktische Fragen ausreichend zu klären und zu kommunizieren. Jetzt wird der Schwarze Peter einfach der Wirtschaft zugeschoben.

Im Video-Interview mit Chefredakteur Thorsten Alsleben kritisiert die parteilose Sarna Röser die Grünen als „Verbotspartei“. Die Politik müsse „intelligente Lösungen und Instrumente anbieten und die Menschen mitnehmen“.



Die Wirtschaft unternimmt bereits einiges mit strengen Hygiene- und Schutzmaßnahmen, um die Sicherheit und die Gesundheit der Mitarbeiter zu gewährleisten. Klar ist auch: Der Arbeitsplatz ist kein Infektionstreiber. Eine Umfrage unter unseren Mitgliedern ergab, dass über 91 Prozent der an Corona Erkrankten sich außerhalb der Arbeitsstätte angesteckt haben. Das ist ein klares Zeichen, dass die Unternehmen bereits alles dafür tun, um Mitarbeiter zu schützen. Viele Mitarbeiter befinden sich zudem im Homeoffice. Aber das ist eben nicht überall möglich.

Haben Sie in Ihrem Betrieb schon vor der Testpflicht Ihre Mitarbeiter getestet?

Ja, wir haben schon vor der Testpflicht freiwillig für unsere Mitarbeiter in der Produktion Tests angeboten, und das wurde auch genutzt. Ich kenne aber ebenso Beispiele, wo sich Mitarbeiter nicht testen lassen wollen.

Würden Sie dem Bund – wie von Kanzlerin Merkel gewünscht – mehr Kompetenzen geben, damit es zu einheitlichen und wohl auch härteren Regeln kommt?

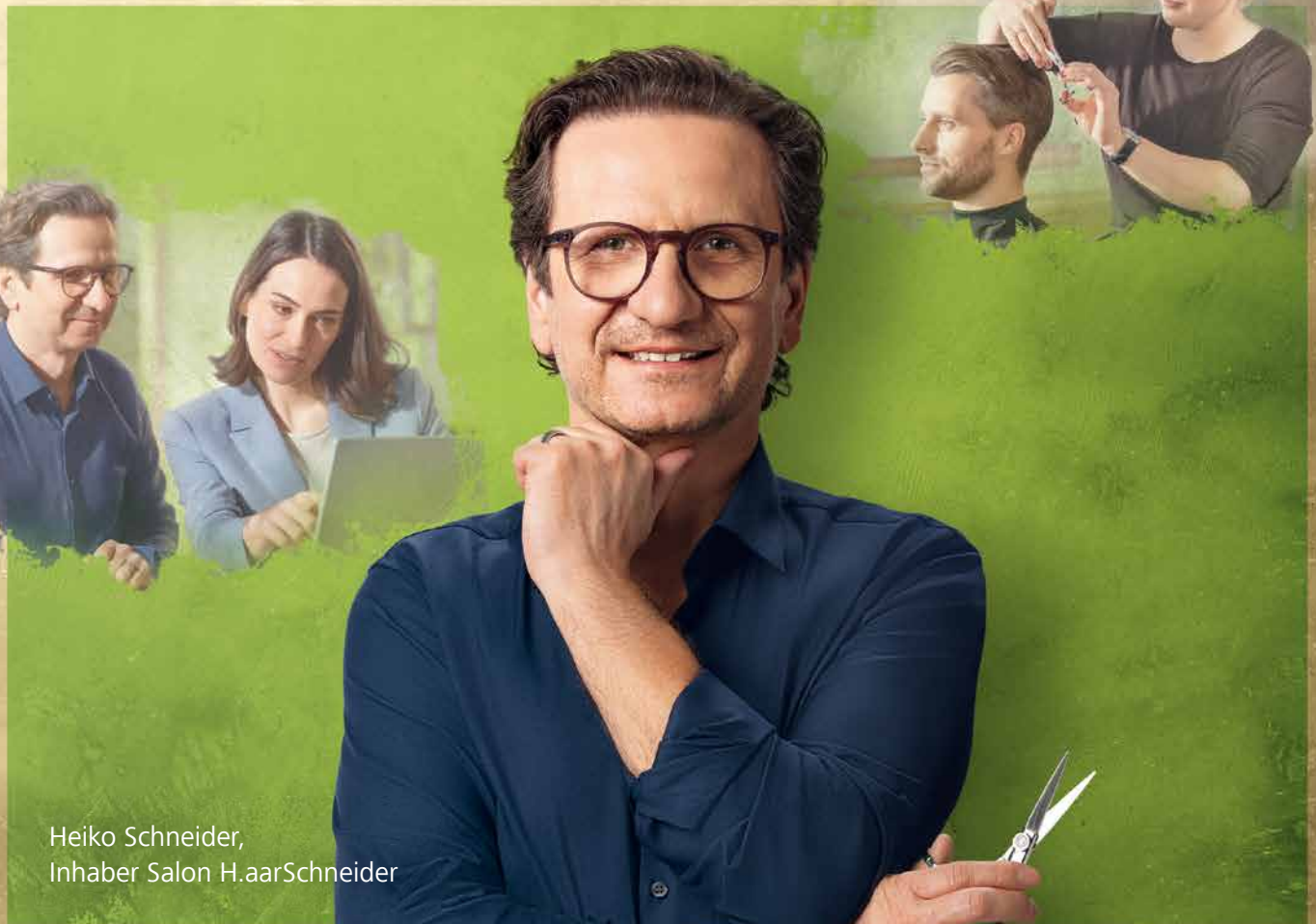
Es braucht in jedem Fall eine klare Aufgaben- und Kompetenzverteilung. Der Bund muss sich Experten mit ins Boot holen, die Ahnung von Organisation, Logistik etc. haben. Dennoch: Es muss auch weiterhin eine regionale Betrachtung und Steuerung möglich sein. Wir Familienunternehmer plädieren dafür, die Öffnungsstrategie weiterzuentwickeln. Sie sollte sich nicht nur an den Inzidenzen orientieren, sondern auch an der Impfquote, der Auslastung der Intensivbetten etc. Wir müssen weg von der Inzidenz-Ideologie, die nur auf Inzidenzwerte schaut.

ICH BESCHÄFTIGE 40 MITARBEITER.

DA MUSS DIE LOHNBUCHHALTUNG

SCHNELL UND DIGITAL LAUFEN.

Der Salon H.aarSchneider setzt mit innovativen Konzepten neue Maßstäbe beim Kundenerlebnis. Dank der Unterstützung seiner Steuerberatung und den intelligenten Lösungen von DATEV sind alle Abläufe rund um die Lohnbuchhaltung und das Personalwesen schnell und digital. So entsteht Freiraum für das Wesentliche: voll und ganz für den Kunden da zu sein.



Heiko Schneider,
Inhaber Salon H.aarSchneider

**Wichtige Tipps und Infos für
Unternehmen zur Corona-Krise**

GEMEINSAM-BESSER-MACHEN.DE



Zukunft gestalten.
Gemeinsam.



Die Modellprojekte in Tübingen oder im Saarland zeigen, dass es Alternativen zum ideenlosen Dauer-Lockdown der Bundesregierung gibt. Selbst wenn sich die Situation vor Ort verschlechtert und es wieder zu Schließungen kommt, dann ist das zwar schmerzhaft. Aber für die Bevölkerung ist das immer noch besser nachzuvollziehen, als wenn in jeder Region das gleiche gilt.

Die Unternehmer und ihre Mitarbeiter, von denen noch immer viele in Kurzarbeit sind, brauchen eine Perspektive. Wir müssen mehr ausprobieren, mehr Modellprojekte zulassen und konsequent und millionenfach testen.

Welche Lehren für die Zukunft sollte Deutschland aus dem Management der Krise ziehen?

Wir müssen uns schon jetzt besser auf zukünftige Krisen vorbereiten. Es darf in der Zukunft nicht wieder solch ein Auf und Ab geben. Gleichzeitig gibt es positive Erkenntnisse wie die zusätzlichen Möglichkeiten durch Digitalisierung. Das Mindset der Bevölkerung hat sich verbessert. Viele Unternehmer und Mitarbeiter haben gesehen, dass Homeoffice funktionieren kann und nicht jeder vor Ort sein muss.

Eine Herkules-Aufgabe steht uns jedoch bevor: Deutschland braucht einen Restart. Wir jungen Unternehmer prangern schon seit vielen Jahren die schleppende Digitalisierung in Deutschland an. Wir brauchen dringend eine

bessere digitale Infrastruktur und Verwaltung. Die deutsche Bürokratie hat die Situation weiter verschlechtert. Wir müssen jetzt Rahmenbedingungen schaffen, damit wir, die Familienunternehmen, unsere PS wieder erfolgreich auf die Straße bringen können. Bei den Rufen nach Steuererhöhungen und etwa einer Vermögensteuer sträuben sich mir die Nackenhaare. Viele Mittelständler, die so stark gelitten haben und auch noch leiden, die fast ihr gesamtes Eigenkapital aufgezehrt haben und trotzdem versuchen, jeden Arbeitsplatz zu halten, die sollten jetzt nicht belastet, sondern entlastet werden.

„Ich habe inzwischen das Gefühl, dass unsere unternehmerische Freiheit immer weiter eingegrenzt wird. Ich würde mir wünschen, dass wir unseren Unternehmern mehr zutrauen.“

Der Bund reißt 2020, 2021 und wohl auch 2022 die Schuldengrenze des Grundgesetzes massiv. Ab wann muss die Schuldbremse wieder eingehalten werden?

Die Schuldbremse sollte so früh wie möglich wieder greifen. Dank ihr konnten wir es uns in der Krise überhaupt erst leisten, Unternehmen, die wegen der Pandemie



„Wir müssen weg von der Inzidenz-Ideologie, die nur auf Inzidenzwerte schaut.“

schließen mussten, zu helfen und das ganze Land zu unterstützen. Am Ende werden wir als junge Generation die Rechnung bezahlen müssen. Die Politik muss deshalb jetzt auf Wachstum setzen und nicht den Knüppel rausholen. Deutschlands Unternehmen haben mit die höchsten Steuersätze weltweit und sorgen dafür, dass die staatlichen Kassen gefüllt sind.

Wo würden Sie sparen?

Wir müssen Prioritäten setzen, wofür wir Steuergelder verwenden. Es wurde schon vor Corona zu viel Geld ausgegeben ohne die demografische Herausforderungen im Haushalt einzupreisen. Aus meiner Sicht muss zum Beispiel die Rente mit 63 wieder abgeschafft werden. Stattdessen sollten wir wirklich in die Zukunft investieren, in unseren Wirtschaftsstandort, in digitale Infrastruktur und Bildung. Deutschlands Wirtschaft ist in den letzten Jahrzehnten zum Glück gewachsen. Unsere Haushaltskassen waren prall gefüllt und trotzdem wurde der Schrei nach höheren Steuern immer lauter. Wir brauchen einen zukunftsgerichteteren, kritischeren Blick auf die Ausgabenpolitik.

Aktuell befinden sich das Lieferkettengesetz, die Frauenquote und ein Gesetz zur Stärkung der Betriebsräte in Arbeit. Was davon würde den größten Schaden anrichten?

Alle drei Vorhaben schaden unserer Wirtschaft. Ich habe inzwischen das Gefühl, dass unsere unternehmerische Freiheit immer weiter eingegrenzt wird. Ich würde mir wünschen, dass wir unseren Unternehmern mehr zutrauen. Das Lieferkettengesetz wird zu deutlich mehr bürokrati-

tischen Hürden führen, auch für den Mittelstand. Und eine Frauenquote löst die Ursache des Problems nicht. Da sollte der Staat eher seine Hausaufgaben machen und für bessere und mehr Kinderbetreuung sorgen.

Denken Sie, dass man mit Ihren wirtschaftspolitischen Positionen als Partei einen Wahlkampf erfolgreich führen kann?

Oder kommt das beim Wähler nicht an?

Die Themen sind wichtig. Ich wünsche mir auch von der Union einen klareren Fokus auf Werte wie Freiheit, Eigentum, Verantwortung und Wettbewerb. Das ging mir in letzter Zeit zu sehr verloren. Die Union braucht im Wahlkampf eine klare Strategie, wie unser Wirtschaftsstandort gestärkt werden soll. Wenn man die Themen richtig setzt und sich positioniert, kann man damit im Wahlkampf auch die Bürger abholen und gewinnen.

Wer könnte das Ihrer Ansicht nach am besten? Markus Söder oder Armin Laschet?

Wir wünschen uns Wirtschaftskompetenz und gute Wirtschaftspolitik.

Sehen Sie die denn bei beiden Kandidaten?

Es kommt bei beiden Kandidaten darauf an, gute Teams um sich zu versammeln. Die Wirtschaftskompetenz in der Union verkümmert mehr und mehr, vor allem hier muss das Team des Kanzlerkandidaten überzeugen.



Sarna Röser (33) ist seit 2018 Bundesvorsitzende der Jungen Unternehmer. Sie kommt aus der Nähe von Stuttgart und will das 1923 gegründete Familienunternehmen Zementrohr- und Betonwerke Karl Röser & Sohn GmbH von ihrem Vater übernehmen. Röser hat selbst ein Startup gegründet und führt ein zum Familienverbund gehörendes Unternehmen mit. Seit dem vergangenen Jahr ist sie Mitglied des Aufsichtsrats der Fielmann AG und des Beirats der Deutschen Bank. Röser engagiert sich zudem als stellvertretende Vorsitzende der Ludwig-Erhard-Stiftung. Die Jungen Unternehmer gehören zum Verband „Die Familienunternehmer“ und zählen gemeinsam rund 6000 Mitglieder.

Die Grünen sind in Umfragen und Wahlen erfolgreich, versuchen sich bürgerlich zu geben. Wie kommt die Partei bei jungen Unternehmern an?

Die Grünen haben gerade in der Startup-Szene einige Anhänger, für viele sind sie aber auch nach wie vor die „Verbotspartei“. Wir setzen uns auch mit jungen Initiativen wie „Fridays for Future“ auseinander. Deren Unternehmer-Bashing, das teils auch von der Grünen Jugend betrieben wird, können wir uns als Land nicht leisten. Klimaschutz geht nur gemeinsam mit der Wirtschaft. Uns Familienunternehmern liegt Nachhaltigkeit im Blut. Nur mit Verboten kommen wir nicht weiter. Wir müssen intelligente Lösungen und Instrumente anbieten und die Menschen mitnehmen. Das machen die Grünen meiner Meinung nach bei vielen Punkten nicht.

Welchen Hauptunterschied sehen Sie zwischen Unternehmern und Politikern?

Für mich sind Unternehmer kreative Problemlöser. Das haben wir auch in der Pandemie gesehen. Unternehmen, gerade in den schwer getroffenen Branchen, haben schnell mutige Entscheidungen getroffen und Dinge ausprobiert. Dieses pragmatische Handeln und der Mut, Ideen schnell umzusetzen, das fehlt mir in der Politik. Aber auch in der Gesellschaft würde ich mir mehr die Haltung wünschen, dass es in Ordnung ist, Fehler zu machen und zu scheitern. Und was ich mir vor allem von einzelnen Politikern in Zukunft mehr wünsche: Stehen zu bleiben, für seine Meinung und Positionen zu kämpfen, egal wie stark der Wind bläst.

Ihre Vorgängerinnen im Amt der Bundesvorsitzenden der Jungen Unternehmer Marie-Christine Ostermann und Lencke Wischhusen haben sich ja nach der Verbandsarbeit in der Politik engagiert. Könnte Sie das auch reizen?

Ich bin ja als Vertreterin der Jungen Unternehmer schon politisch aktiv. Ich finde es richtig und wichtig, sich als Unternehmer oder Unternehmerin einzumischen. Die Stimme der Wirtschaft ist gefragter denn je, und wir müssen laut sein und auf unsere Themen und Positionen hinweisen. Es braucht natürlich auch in der Politik Praxiserfahrung. Ob das für mich auch eine Option ist, kann ich vielleicht sagen, wenn es mal so weit ist. Ich werde mich auf jeden Fall immer politisch einsetzen, und für mich ist das wichtigste Credo: „Nicht nur reden, sondern handeln“. Aber ich bin mit Leib und Seele Unternehmerin, und ich habe meinem Vater versprochen, dass ich unser Familienunternehmen fortführen werde, und ob ich dann noch eine politische Laufbahn einschlage, weiß ich nicht. Aber: Sag niemals nie.

Bei den letzten Fragen bitte ich um eine spontane Reaktion, wofür ihr Herz eher schlägt. Auto oder Fahrrad?

Auto.

Mallorca oder bayerische Alpen?

Bayerische Alpen.

Unternehmen oder Verband?

Unternehmen.

Zeitungen oder Fernsehen?

Fernsehen.

Twitter oder Instagram?

Instagram.

Ein Abendessen mit Peter Altmaier oder mit Robert Habeck?

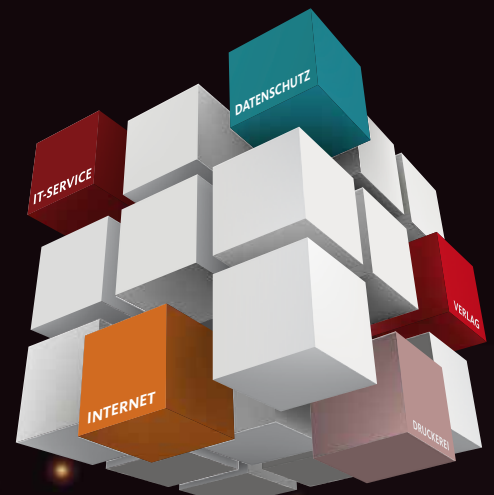
Um ihn näher kennenzulernen: Robert Habeck.

Zum Abschluss noch eine Satzvervollständigung: Wenn ich nach der Wahl gefragt würde, ob ich Wirtschaftsministerin werden möchte...

... würde ich mir das doch noch einmal gut überlegen. ●

UBG

Zielen Sie mit Ihrer Werbung
in die Herzkammer der
deutschen Wirtschaft!



Maßgeschneidert für MIT-Mitglieder: Kleine Anzeigenwerbung mit großer Wirkung

Sie möchten Ihre Zielgruppe punktgenau ansprechen? Dann sind Sie hier genau richtig! Um neue Kunden zu gewinnen, gehören Printanzeigen nach wie vor zu den wichtigsten Marketinginstrumenten für kleine und mittlere Unternehmen. Sie bieten den klaren Vorteil, dass sie ihre Zielgruppe – besonders in einem Mitgliedermagazin – leichter ansprechen können. Übrigens: Kleinformatige Anzeigenwerbung kann genauso effektiv sein wie Werbung mit großen Formaten.

Sie haben keine Anzeigenvorlage zur Hand?
Kein Problem – wir sind Ihnen bei der grafischen Gestaltung gerne behilflich.

Zu den mehr als 100.000 Leserinnen und Lesern einer Ausgabe zählen neben den engagierten Mitgliedern der MIT vor allem auch Entscheider und Meinungsbildner aus den Führungsebenen von Wirtschaft, Politik und Verwaltung. Darüber hinaus wird Vertretern der Hauptstadtresse das Magazin postalisch zugestellt.

Beschreibung		Preis
Anzeigenformat „MIT 1“	68 mm x 41 mm	€ 280,00 zzgl. MwSt.
Anzeigenformat „MIT 2“	68 mm x 87 mm	€ 340,00 zzgl. MwSt.
Anzeigen-Gestaltung		€ 45,00 zzgl. MwSt.

Die aktuellen Mediadaten und weitere Anzeigenformate finden Sie unter:
www.mit-bund.de/mit-magazin

Kontaktieren Sie uns
Anzeigenverkauf:
Getz & Getz Medienvertretung
Sebastian Getz
Telefon: 02205 86179
E-Mail: info@getz-medien.de

Verlag: Union Betriebs-GmbH,
Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach,
verlag@ubgnet.de



Foto: Didiok/adobe.stock.com

BELASTUNGEN ALS STANDORTFAKTOR

Welche Steuern zahlen Unternehmen?

Deutsche Unternehmen zahlen im internationalen Vergleich besonders hohe Steuern. Während andere Staaten die Belastungen in den letzten Jahrzehnten deutlich abgebaut haben, legte der deutsche Fiskus noch drauf. Welche Steuern und Abgaben kommen auf sie zu?

Eine einheitliche Unternehmenssteuer gibt es in Deutschland nicht. Die zu zahlenden Steuern für Unternehmen setzen sich in Deutschland aus verschiedenen Steuerarten zusammen. Dazu zählen die Steuern auf den Verbrauch, Steuern auf den Ertrag und die Steuern auf die Substanz.

Verbrauchssteuern

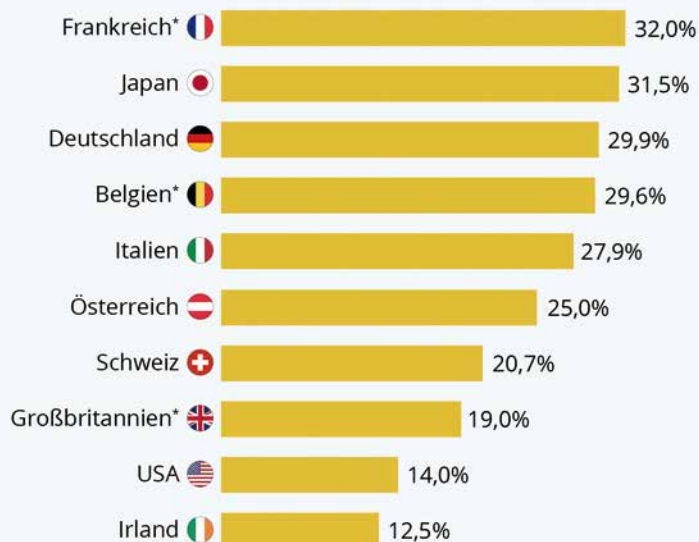
Die wesentlichen Steuerarten des Verbrauchs sind die Umsatzsteuer und die Grunderwerbsteuer. Zwar wird die Umsatzsteuer beim Unternehmen erhoben. Sie wird aber an den Endverbraucher, also in der Regel den Kunden, weitergegeben. Bei Unternehmen, die ausschließlich mit anderen Unternehmen Geschäfte machen, ist die Umsatzsteuer ein durchlaufender Posten. Das heißt, sie wird direkt an das Finanzamt weitergeleitet und mittels des Vorsteuerabzugs wieder erstattet. Die Grunderwerbsteuer fällt beim Kauf eines Grundstücks im Inland an. Sie ist eine Ländersteuer und liegt je nach Bundesland zwischen 3,5 und 6,5 Prozent.

Ertragsteuern

Zu den wesentlichen Steuerarten des Ertrags zählen die Einkommens-, Körperschafts-, und Gewerbesteuer sowie der Solidaritätszuschlag. Die Einkommensteuer ist weniger für das Unternehmen, sondern für den Unternehmer selbst relevant. Der Einzelunternehmer bzw. Inhaber einer Personengesellschaft muss den Ertrag des Unternehmens in seiner Einkommensteuererklärung angeben und mit seinem individuellen Steuersatz (zwischen 14 und 42 Prozent) versteuern. Kapitalgesellschaften (AG, GmbH, UG, KGaA) müssen Körperschaftsteuer zahlen. Dabei wird der Überschuss aus den Betriebseinnahmen einheitlich zu 15 Prozent versteuert.

Hohe Steuerlast für deutsche Unternehmen

Steuersätze für Unternehmen in ausgewählten Ländern 2019



* Frankreich: Senkung bis 2022 auf 26,1%; Belgien: Senkung 2020 auf 25,0%; Großbritannien: Senkung 2020 auf 17,0%

Quelle: Handelsblatt



Die Gewerbesteuer wird von den Gemeinden festgesetzt. Sie wird auf den Gewinn erhoben und hängt vom jeweiligen Hebesatz ab. Unternehmen zahlen so mindestens sieben Prozent, im Durchschnitt aber etwa 15 Prozent des Gewinns.

Der Solidaritätszuschlag ist zwar mittlerweile für 90 Prozent der Bevölkerung weggefallen. Kapitalgesellschaften zahlen den Soli weiterhin auf die Körperschaftsteuer. Gut verdienende Einzelunternehmer und Personengesellschafter zahlen den Soli weiterhin auf die Einkommensteuer.

Substanzsteuern

Zu der Besteuerung der Substanz zählen die Grundsteuer und die Erbschafts- und Schenkungssteuer. Die Grundsteuer wird auf Eigentum, also Grundstücke, Häuser oder Erbbaurechte, erhoben. Sie wird von den Gemeinden festgelegt und variiert von Region zu Region.

Deutsche Betriebe zahlen viel

Für deutsche Unternehmen kommt also einiges zusammen. Die effektive Gesamtsteuerlast für sie lag 2020 laut der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG bei rund 30 Prozent. Der Durchschnitt der OECD-Staaten liegt bei rund 23 Prozent. Seit den 90er Jahren gibt es einen internationalen Trend hin zu einer geringeren Besteuerung von Unternehmen. So lag die durchschnittliche Steuerbelastung in der EU 1996 noch bei 38 Prozent. In der EU sind es vor allem die kleineren Mitgliedsstaaten, die besonders niedrige Steuern erheben. Ungarn erhebt beispielsweise nur neun Prozent, Bulgarien zehn. Frankreich lag lange vor Deutschland. Bis 2018 wurden noch 33,3 Prozent erhoben, seitdem wird der Satz kontinuierlich abgebaut (siehe Grafik). Auch Deutschland folgt dem Trend der sinkenden Unternehmenssteuerbelastung. 1996 lag sie noch bei 58 Prozent, heute sind es rund 30 Pro-

zent. Allerdings hat Deutschland, entgegen dem internationalen Trend, die Unternehmenssteuerbelastung seit 2008 leicht steigen lassen.

Standortfaktor Steuern

Steuern sind ein Standortfaktor. Die Staaten müssen sich attraktiv halten, um Unternehmen im Land zu halten und neue ins Land zu holen. In der EU profitieren Unternehmen von einheitlichen Regeln für den Binnenmarkt und den internationalen Handelsabkommen. Gleichzeitig nutzen sie den Flickenteppich an unterschiedlichen Unternehmenssteuern unter den EU-Ländern aus. Nicht ohne Grund haben gerade internationale Konzerne wie Facebook und Google ihren Firmensitz in Irland, wo die Steuersätze bei 12,5 Prozent liegen. Die EU versucht allerdings verstärkt, Steuerlücken unter den Mitgliedsländern zu schließen. Gerade deutsche Mittelständler leiden aber unter der hohen Abgabenlast. Die meisten Mittelständler können schließlich nicht einfach ihren Firmensitz in ein EU-Land mit niedrigeren Steuern verlagern.

Gesamtsteuerlast muss sinken

Die MIT fordert deswegen, die Steuerlast für Unternehmen an das internationale Niveau anzupassen. Die Körperschaftsteuer soll von 15 auf 10 Prozent sinken. Der Soli soll vollständig abgeschafft werden. Da die Energiepreise hierzulande durch die EEG-Umlage verteuert und auf beides zusammen Energie- und Umsatzsteuern erhoben werden, ist auch da die Steuerlast besonders hoch. Zwar können sich Unternehmen, die in besonders energieintensiven Industrien tätig sind, von der Umlage befreien lassen. Davon profitieren aber vor allem Konzerne.

„Die Steuerlast deutscher Unternehmen und Unternehmer ist im internationalen Vergleich zu hoch und wirkt gerade nach einer Krise wachstumshemmend“, sagt Sebas-

tian Brehm, Co-Vorsitzender der MIT-Steuerkommission und finanz- und haushaltspolitischer Sprecher der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag. Auch die komplexe Gewerbesteuer muss aus Sicht der MIT modifiziert werden. Sie führt zu Doppelbelastungen bei grenzübergreifenden Strukturen und benachteiligt inländische Betriebsstätten. Da sie zudem abhängig vom Umsatz erhoben wird, ist sie konjunkturellen Schwankungen ausgesetzt. Dadurch geht den Kommunen die Planungssicherheit verloren. Die MIT fordert daher, die Gewerbesteuer so zu modifizieren, dass sie als einfacher Zuschlag zur Körperschaftsteuer oder Einkommensteuer ausgestaltet werden kann. Die Kommunen behielten dann ihr Hebesatzrecht. Ziel der MIT ist es, mit diesen Maßnahmen die durchschnittliche Unternehmenssteuerbelastung in Deutschland auf 25 Prozent zu senken. ●



Micha Knodt
Redakteur
knodt@mit-bund.de



PRO & CONTRA

Brauchen wir einen staatlich festgelegten CO₂-Preis?

In dieser Rubrik lassen wir Mitglieder der MIT zu Wort kommen.

Die Beiträge geben ihre persönliche Meinung wieder.

CO₂-Preis schafft Verbindlichkeit



Dr. Heribert Hirte (62) ist Jura-Professor und CDU-Bundestagsabgeordneter aus Köln. Er engagiert sich im Vorstand des Parlamentskreises Mittelstand (PKM) der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Ja, wir brauchen einen staatlich festgelegten CO₂-Preis – allerdings nur zu Beginn. An der Bepreisung umweltschädlicher Emissionen führt kein Weg vorbei. Der Transfer der Kosten industrieller Umweltbelastungen auf die Allgemeinheit widerspricht dem Verursacherprinzip. Ein CO₂-Preis schafft die nötige Verbindlichkeit auf dem Weg zu einem nachhaltigeren Wirtschaften. Für uns bleibt nur die Frage: Etablieren wir schnellstmöglich Marktmechanismen, nach denen sich Unternehmen und Wirtschaft ausrichten können? Oder warten wir, bis ein zentral gesteuertes Abgaberegime zum Erreichen der für uns verbindlichen Umweltziele unausweichlich wird? Die Antwort für die CDU ist aus meiner Sicht eindeutig.

Der Vorteil des Emissionshandels ist, dass wir die ausgestoßene Menge an CO₂ genau kontrollieren können. Der Übergang, nach der Einführungsphase die Verschmutzungsrechte per Auktion ersteigern zu müssen, ist bereits mit dem Klimaschutzpaket festgelegt. Der Preis bildet sich dann am Markt. Die Preissetzung für CO₂ darf keine abgeschottete Maßnahme bleiben. Ich möchte, dass wir Steuern und Subventionen abschaffen, die die Lenkungswirkung des CO₂-

Preises konterkarieren. Weil die wegbrechenden Steuereinnahmen größer wären als die eingesparten Subventionen, müsste der Fehlbetrag über einen höheren CO₂-Preis ausgeglichen werden. Daraus ergäbe sich ein dreifacher Vorteil. Erstens läge der nationale CO₂-Preis näher am europäischen CO₂-Preis, der nicht staatlich fixiert ist, sondern sich durch die Ausgabe von Emissionsmengen bildet. Zweitens würde sich die Lenkungswirkung aus einem vorhersehbar steigenden CO₂-Preis bereits kurzfristig verbessern. Und drittens könnte der Staat langfristig die Bürger entlasten. Denn wenn die Steuern und Abgaben heute wegfallen, aber deren Einnahmen über den CO₂-Preis wieder hereingeholt werden sollen, dann ist klar, dass spätestens 2050 diese Abgaben für den Bürger nicht mehr existieren, weil kein CO₂ mehr ausgestoßen wird. Bei einem heutigen Volumen von 80 Milliarden Euro an Einnahmen könnte das die größte Abgabentlastung seit Jahren werden, selbst wenn sie dann teilweise gegenfinanziert werden müsste. Ein kluger Umstieg, beginnend mit dem nationalen CO₂ Preis, wird mit dieser Idee letztendlich europäisch koordiniert und überfordert weder Einkommensschwache noch die Wirtschaft. ●

PRO

Seit Jahresbeginn wird in Deutschland ein Preis für CO₂-Emissionen erhoben. Unternehmen, die Heizöl, Erdgas, Benzin oder Diesel auf den Markt bringen, müssen dafür Rechte erwerben. In der Einführungsphase bis 2025 werden die Preise dafür staatlich festgelegt. Ist der Ansatz richtig – oder braucht es eine konsequent marktwirtschaftliche Lösung?

Ihre Meinung zählt

Stimmen Sie mit ab auf der MIT-Webseite! Unter www.mit-bund.de/mitmachen/umfrage können Sie Ihre Meinung zum aktuellen Pro und Contra äußern. Über das Abstimmungsergebnis informieren wir im MIT:NEWSLETTER. Sollten Sie diesen noch nicht erhalten, können Sie ihn unter www.mit-bund.de/newsletter kostenlos abonnieren.

Marktwirtschaftliche Lösung ist besser

Es gibt volkswirtschaftlich zwei Wege zur CO₂-Bepreisung: Das Preisinstrument arbeitet mit einem staatlich festgelegten Preis, die CO₂-Reduzierung ist unsicher. Letztlich handelt es sich um eine CO₂-Steuer, was auch für den nationalen Emissionshandel gilt. Der zweite Weg ist ein Mengeninstrument, das durch eine festgelegte Menge an CO₂-Emissionen das Klimaschutzziel garantiert, der Preis hingegen schwankt. Warum ist der Mengenansatz der richtige Weg?

Der europäische Emissionshandel (Mengeninstrument) ist zuallererst höchst erfolgreich und eine regionale und sektorale Ausdehnung wäre eine effiziente europäische Lösung. Die Studien, die das Bundesumweltministerium zur CO₂-Steuer hat anfertigen lassen, zeigen hingegen, dass auch ein staatlicher Preis von 180 Euro im Jahr 2030 nicht ausreicht, um das Klimaschutzziel zu erreichen. Die CO₂-Steuer bremst Innovation und Unternehmergeist. Wer CO₂ ausstoßen muss, der zahlt schlicht drauf. Im Emissionshandel sind innovative Modelle aufgrund der Handelsmöglichkeiten wertvoll und ermöglichen denjenigen, die nicht einsparen können, das Überleben. Darüber hinaus ist eine weltweite Verzahnung der mengenbasierten Systeme möglich

– deren Zahl und Umfang wächst. Eine globale Lösung für ein globales Problem behebt nebenbei den Kardinalfehler der nationalen Energiewende. Zusätzlich kommt der Mengenansatz ohne die völlig ineffizienten milliardenschweren Förderprogramme aus, die der Bundesrechnungshof seit Jahren scharf kritisiert. Unter dem strikten Klimaschutzziel kann gleichzeitig die Marktwirtschaft mit all Ihren Vorteilen frei wirken. Der Emissionshandel ist in allen Belangen klar überlegen.

CONTRA

Oft wird für einen staatlich festgesetzten Preis das Argument der Planungssicherheit vorgebracht. Das ist schlicht falsch. Spätestens in dem Moment, in dem die Steuer ihr Ziel nicht erreicht, wird an der Steuer-schraube gedreht. Zudem geht die These davon aus, dass die Akteure den künftigen Markt nicht antizipieren können. Ich bin der Auffassung, dass Unternehmer mit Unsicherheiten sehr gut umgehen können und eher Chancen daraus kreieren. Sie brauchen keinen Staat, der sie an die Hand nimmt.

Letztlich muss man sich entscheiden: Möchte man eine marktwirtschaftliche Lösung, die Klimaschutz garantiert? Oder eine CO₂-Steuer, die das nicht tut und den Staatssäckel füllt? ●



Henry Borrmann (37) ist Mitglied der MIT-Energiekommission. Er leitet beim Verband „Die Familienunternehmer“ in Berlin die Politikbereiche Energie und Bildung.

EU-Check

Irrwitzige Verordnung oder sinnvolle Richtlinie? In dieser Rubrik bewerten unsere EU-Experten des PKM Europe regelmäßig neue EU-Vorhaben.



Mit mehr Investitionen raus aus der Krise

Das EU-Parlament hat mit dem InvestEU-Programm den Weg geebnet, Investitionen in Europa langfristig anzukurbeln, den Aufschwung zu unterstützen und die Wirtschaft auf eine grüne, digitale und widerstandsfähige Zukunft vorzubereiten. Deshalb haben wir uns im Ausgestaltungsprozess auch für mehr Mittel eingesetzt und diese in den Verhandlungen erfolgreich durchgesetzt. Mit einem Fokus auf Nachhaltigkeit, den Mittelstand und Innovation kann Europa dank der EU-Haushaltsgarantie von über 26 Milliarden Euro wichtige Anreize setzen.



Planwirtschaftliches Gebaren

Die EU-Kommission hat ihren Aktionsplan zur europäischen Säule sozialer Rechte vorgestellt. Leider entpuppt sich der Aktionsplan, obgleich wichtige Punkte wie Chancengleichheit, faire Arbeitsbedingungen und Sozialschutz adressierend, als Manifest planwirtschaftlicher Träumereien. Bis 2030 sollen die Mitgliedstaaten in den Bereichen Beschäftigung, Kompetenzen und Sozialschutz mittels fragwürdiger Indikatoren klare Ziele erreichen und in ein soziales Europa investieren. Umsetzten müssen dies allerdings am Ende wieder die kleinen und mittleren Unternehmen. Damit Weiterbildung und Wohlstand gelingt, brauchen wir mehr Soziale Marktwirtschaft und keine planwirtschaftsähnlichen sozialen Vorgaben.



Die Jury

Markus Ferber (CSU) und Dr. Markus Pieper (CDU) sind Mitglieder des Europäischen Parlaments und Sprecher des Parlamentskreises Mittelstand Europe

PKMEurope
der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament

Strategiewechsel

Neuausrichtung der Corona-Politik

Der MIT-Bundesvorstand hat einen grundlegenden Strategiewechsel im Corona-Management gefordert: weg von der Fokussierung auf Inzidenzwerte hin zu einem evidenzbasierten Ansatz. Die Zahlen für schwere Verläufe müssten tagesaktuell analysiert werden. Stärker berücksichtigt werden sollen darüber hinaus Faktoren wie die Herkunft der Ansteckungen und die Altersstruktur. „Die Regierungen von Bund und Ländern haben bei der Eindämmung von Corona an den entscheidenden Stellen, die in ihrer Verantwortung liegen, nur unzureichende Ergebnisse vorzuweisen“, heißt es in dem Vorstandsbeschluss vom 26. März. Sämtliche staatliche Stellen sollen mehr Tempo und Flexibilität beim Impfen und Testen an den Tag legen. Die andauernden Schließungen müssen nach Auffassung der MIT Ausgleichszahlungen nach sich ziehen, die Kostenersatz und Gewinnausfälle berücksichtigen. Bereits im Februar hatte die MIT gefordert, stärker auf Schnelltests und digitale Tools zu setzen. Darüber hinaus fasste der MIT-Vorstand Beschlüsse zum Schutz des Hotel- und Gaststättengewerbes sowie zum Schutz des Einzelhandels in Innenstädten.

Tarifautonomie

Kein Überbietungswettbewerb beim Mindestlohn

Die Union hat SPD-Plänen zur Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns auf zwölf Euro eine Absage erteilt. „Die Lohnfindung ist Aufgabe der Tarifpartner“, sagte MIT-Chef und Unionsfraktionsvize Carsten Linnemann. „Der Gesetzgeber hat bewusst eine paritätisch besetzte Mindestlohnkommission eingesetzt, damit eben nicht Herr Heil und Herr Scholz aus politischen Gründen an der Lohnschraube drehen.“ Die Union dürfe nicht in diesen politischen Überbietungswettbewerb einsteigen.

Steuerreform muss kommen

Die MIT dringt auf eine Steuerrechtsreform zu Beginn der nächsten Legislaturperiode. In einem 10-Punkte-Konzept fordert der MIT-Vorstand die Absenkung der Gesamtsteuerlast für Unternehmen und eine vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlages. Ebenfalls soll die bereits auf Initiative der MIT verbesserte Verlustverrechnung dauerhaft verbessert werden. Der Mittelstandsbauch soll abgeflacht werden und der Spitzensteuersatz später greifen. Der Arbeitnehmerpauschbetrag soll von derzeit 1.000 auf 2.000 Euro verdoppelt werden. Die 2020 neu eingeführte Homeoffice-Pauschale soll beibehalten werden. Zur Stärkung der Eigenkapitalquote im Mittelstand fordert die MIT eine deutlich verbesserte Ausgestaltung der Thesaurierungsbegünstigung. Die Gewerbesteuer soll zu einer Zuschlagsteuer umgewandelt werden. Zudem fordert die MIT attraktivere Abschreibungsbedingungen, eine Reform des Außensteuerrechts, eine globale Steuerlösung für die Digitalwirtschaft, beschleunigte Betriebsprüfungen sowie die Förderung von privatem Wohneigentum bei der Grunderwerbsteuer.

Auszeichnung

Hans-Joachim Watzke erhält Mittelstandspreis

Die MIT zeichnet Hans-Joachim „Aki“ Watzke mit dem Deutschen Mittelstandspreis aus. Der Geschäftsführer von Borussia Dortmund erhält den Preis in der Kategorie Gesellschaft. Die Laudatio wird der CDU-Vorsitzende und NRW-Ministerpräsident Armin Laschet halten. Ebenfalls soll die „Kommunalpolitik“, vertreten durch verschiedenen Kommunalpolitiker, mit dem Mittelstandspreis der MIT ausgezeichnet werden (Kategorie Politik). Laudator wird Alt-Bundespräsident Christian Wulff sein. Den Preis in der Kategorie Unternehmen erhält die mittelständische Hölischer Wasserbau GmbH. Die Laudatio hält die Jury-Vorsitzende Gitta Connemann. Die Preisverleihung sollte im März stattfinden, wird pandemiebedingt jedoch im Jahresverlauf nachgeholt.



Nachruf



Trauer um Hans-Dieter Lehnen

Die MIT trauert um Hans-Dieter Lehnen. Der langjährige MIT-Hauptgeschäftsführer verstarb am 5. April im Alter von 75 Jahren. Zur MIT kam Lehnen 1984, als er zum Landesgeschäftsführer der damaligen Wirtschaftsvereinigung der CDU Rheinland berufen wurde. An der Fusion der Wirtschaftsvereinigung mit der Mittelstandsvereinigung zur heutigen MIT hatte er großen Anteil. 1996 wurde er Geschäftsführer, 1997 Hauptgeschäftsführer der MIT-Bundesgeschäftsstelle. Dieses Amt übte er bis zu seinem Ruhestand 2014 aus. „Die MIT verliert mit Hans-Dieter Lehnen einen engagierten Streiter für den Mittelstand und für die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft“, sagte MIT-Bundesvorsitzender Carsten Linnemann.

Mittelstandsmagazin in den Medien

In einem soeben veröffentlichten Interview mit dem Magazin der Mittelstands- und Wirtschaftsunion feuert Laschet gleich eine ganze Batterie an wirtschaftsfreundlichen Versprechen ab, vom Bürokratieabbau über das Festhalten an der sogenannten Schuldenbremse bis zum Verzicht auf Steuererhöhungen. Die Kanzlerin kritisiert er zwar nicht namentlich, aber doch deutlich. Auf die Frage, ob er sich Merkels Aussage zu eigen machen würde, dass in der Corona-Politik „im Großen und Ganzen nichts schiefgelaufen“ sei, sagt Laschet: „Besser wäre es gewesen, wenn wir auch schneller eine Menge Impfstoff mehr gehabt hätten.“

Neue Zürcher Zeitung, 19. Februar

Armin Laschet ist viel in Landes- und Kreisverbänden unterwegs, manchmal vor Ort, zumeist per Onlineschalte. Er gibt dem „Mittelstandsmagazin“, dem Organ des wichtigen Wirtschaftsflügels in seiner Partei, ein Interview zum Bürokratieabbau als Kernthema im Wahlkampf.

dpa, 22. Februar

Für Laschet führt der Weg zur Kanzlerkandidatur über die Einheit der Partei und deshalb über die Anhänger von Friedrich Merz, seinen einstigen Rivalen im Kampf um den CDU-Vorsitz. So ist es nicht verwunderlich, dass Laschet sein bisher wichtigstes Interview als neuer Parteichef nicht dem Fernsehen oder einer großen Tageszeitung gab, sondern dem „Mittelstandsmagazin“, der Zeitschrift der Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT). Rund 100 000 wirtschaftsliberale Leserinnen und Leser erreicht das Magazin. Ein Nischenprodukt, für einen CDU-Chef ist es allerdings eine Art Leitmedium. Laschet lobt in dem Interview Ludwig Erhard und Friedrich Merz, bekennt sich zum Bürokratieabbau und verspricht, es solle keine Steuererhöhungen geben. Das Interview ist eine Art Liebeserklärung an das Merz-Lager.

Focus, 27. Februar

„Zu teuer, die Strukturen veraltet, der Aufgabenzuschnitt überholt“, schreibt das „Mittelstandsmagazin“ der Union gleich im ersten Satz seiner Zusammenfassung des Reformkonzepts- und benennt damit Probleme, die selbst den meisten Menschen in den Sendern längst bewusst sind. Der viel kontroversere, weil schwer quantifizierbare Vorwurf, ARD und ZDF würden außerdem nicht mehr ausgewogen berichten, folgt im Text gleich als nächstes, hat aber nun den Vorteil, flankiert von den anderen, tatsächlich stichhaltigen Argumenten in eine Medienlandschaft loszuziehen, in der sich viele Menschen in denen letzten Jahren genug scheinbar legitime Gründe gesucht habe, von den Öffentlich-Rechtlichen enttäuscht zu sein.

Übermedien, 2. März

Digitale Konferenz

Kreisvorsitzende diskutieren mit Armin Laschet

Rund 200 Kreisvorsitzende und Funktionsträger der MIT kamen im März zu einer digitalen Kreisvorsitzendenkonferenz zusammen. Neben der Mitgliederentwicklung ging es vor allem um die derzeit schwachen Umfragewerte für die Union. Als Gast schaltete sich der CDU-Vorsitzende Armin Laschet zu. Er stellte sich eine Stunde lang den Fragen und Standpunkten der MIT-Mitglieder. Einigkeit bestand vor allem darin, dass das Corona-Management der Bundesregierung besser werden müsse und dass Staat und Verwaltung effektiver, schlanker und digitaler werden müssen.

Klagerechte

Planverfahren nicht in die Länge ziehen

Die MIT fordert eine EU-Initiative zur Beschränkung der Klagerechte für Umweltverbände. „Wir wollen weiterhin Bürger- und Umweltbelange in Planungsverfahren berücksichtigen. Aber dies muss so geschehen, dass es nicht zu deutlichen Verzögerungen führt“, sagt MIT-Chef Carsten Linnemann. Planungsverfahren dürften nicht länger durch Verbandsklagen unnötig in die Länge gezogen werden. „Da bedarf es auch auf europäischer Ebene dringender Änderungen.“ Auch NRW-Verkehrsmi- nister Hendrik Wüst sieht das aktuelle Klagerecht kritisch: „Wir müssen es schaffen, den Ausgleich von Eingriffen in die Umwelt und in die Rechte der betroffenen Bürger schneller hinzukriegen“, so der MIT-Landesvorsitzende.



Ordnungspolitik

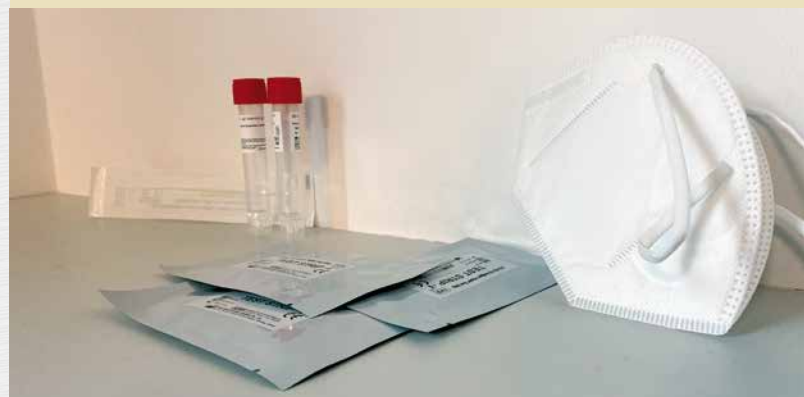
MIT verabschiedet Rundfunk-Reformkonzept

Die MIT hat Mitte März ein umfassendes Reformkonzept für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk (ÖRR) beschlossen. Ein Vorabbericht zum Entwurf erschien bereits in der Ausgabe 1-2021 („Zu groß, zu teuer, zu unausgewogen“). Der Beschluss sieht vor, den ÖRR einer Aufgaben- und Strukturkritik zu unterziehen und Mehrfachstrukturen zu reduzieren. Zugleich setzt sich die MIT für eine Stärkung des Informations-, Bildungs- und Kulturangebots ein, unter anderem mit mehr Korrespondenten im In- und Ausland, einer Ausweitung der Regionalberichterstattung, mehr Dokumentationen und zusätzlichen Live-Übertragungen. Unter dem Strich erwartet die MIT durch die Reform Entlastungen für die Beitragszahler. Das Konzept war in einhalb Jahren in sechs Werkstattgesprächen von Wettbewerbsökonomen und Medienexperten entwickelt worden.

Corona-Schnelltests

Prävention in der Geschäftsstelle

Die MIT-Bundesgeschäftsstelle hat frühzeitig auf die Corona-Pandemie reagiert und allen Mitarbeitern Homeoffice-Lösungen angeboten. Ebenso erhalten die Mitarbeiter ebenso wie alle Besucher kostenlose medizinische Masken. Es wird im Schichtbetrieb gearbeitet, sodass Doppelschreibtische maximal einzeln besetzt sind. Im Regelfall arbeiten höchstens vier Mitarbeiter gleichzeitig in der rund 320 Quadratmeter großen Geschäftsstelle. In allen Bereichen gelten Abstandsregeln. Jenseits des eigenen Schreibtisches gilt Maskenpflicht. Sämtliche Sitzungen, auch interne Teambesprechungen, finden als Videokonferenzen statt. Seit Mitte März dieses Jahres werden alle Mitarbeiter zweimal pro Woche mit Schnelltests getestet. Dies gilt auch für alle Gäste, die sich länger als 15 Minuten in der Geschäftsstelle aufhalten.



„Ich bin neu in der MIT, weil ...“

... die Startups von heute der Mittelstand von morgen werden müssen.“



Aimie-Sarah Carstensen

Gründerin und Geschäftsführerin,
MIT Berlin-Mitte

... ich die regionale Wirtschaft stärken möchte. Dabei gehe ich auch unkonventionelle Wege.“



Hans Jürgen Thomsen

Selbstständiger Gastronom,
MIT Nordfriesland

... weil der deutsche Mittelstand die Grundlage unseres Wohlstandes ist und ich mich in meinem Job als Wirtschaftsförderin täglich dafür einsetze.“



Sarah Harden

Wirtschaftsförderin,
MIT Mettmann

Neumitglieder

Aimie-Sarah Carstensen (32) ist Gründerin von ArtNight, einem jungen Unternehmen, das kreative Menschen über Workshops zusammenbringen will. Nach ihrem Studium der Betriebswirtschaftslehre an der Dualen Hochschule Baden-Württemberg (DHBW) in Mannheim sammelte sie zunächst Erfahrungen in Unternehmen wie Canon, Bertelsmann und Axel Springer. Aus einem Veranstaltungskonzept für Malkurse wuchs dann das Unterhaltungsunternehmen Realtainment. Mit ArtNight trat Carstensen 2017 in der Vox-Sendung „Die Höhle der Löwen“ auf. Sie erhielt mehrere Auszeichnungen, unter anderem listete sie die Zeitschrift Capital in der Auswahl „Top 40 unter 40“ auf. Neben ihrer Tätigkeit als Geschäftsführerin engagiert sich Carstensen auch als Mentorin für Gründerinnen und in verschiedenen Startup-Organisationen.

Hans Jürgen Thomsen (42) ist Gastronom aus Leidenschaft. Als 1990 seine Eltern das „Hotel zur Treene“ in dritter Generation übernahmen, wurde er gleich mit eingespannt. So entschied er sich, zunächst eine Konditorausbildung bei der Firma Niederegger in Lübeck und im Anschluss eine Kochausbildung im Hotel „Altes Gymnasium“ in Husum zu absolvieren. Im Jahr 2007 übernahm er den elterlichen Betrieb. In diesem Jahr darf er das 100. Jubiläum des Familienbetriebs feiern. Insofern scheint es verständlich, dass er sich die alte Normalität mit Hochzeits- und Geburtstagsfeiern sehnlichst zurückwünscht. Seinen Optimismus und seine Kreativität will er sich trotz der Pandemie bewahren. Besonders am Herzen liegen ihm die Verwendung von regionalen Produkten und die Nachhaltigkeit der Produkte.

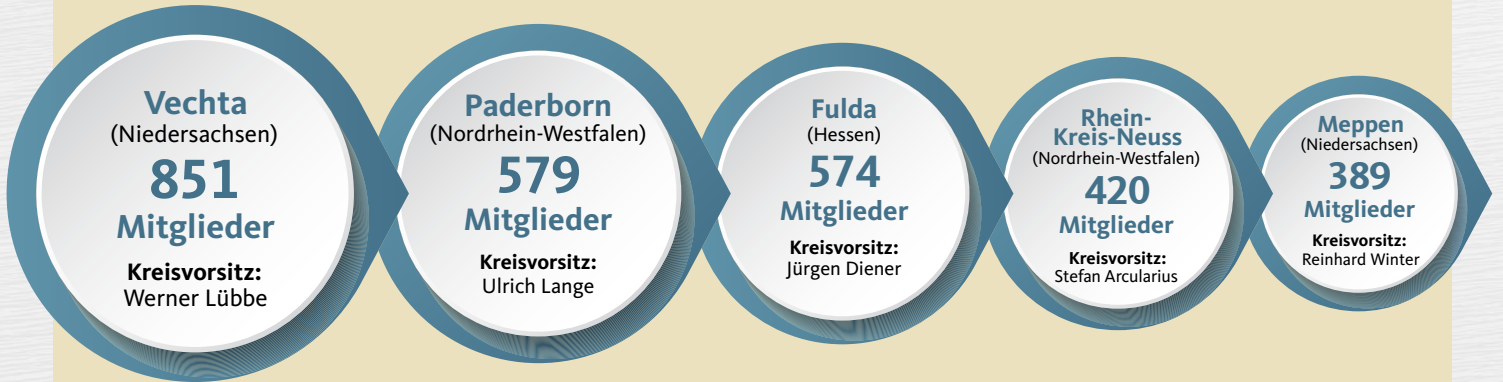
Sarah Harden (26) ist studierte Geographin und leitet die Abteilung für Wirtschaftsförderung in ihrer Heimatstadt Erkrath im Kreis Mettmann. Dort kümmert sie sich täglich um die Belange der kleinen und mittleren Unternehmen. Besonders gefällt ihr der direkte Austausch mit dem Ziel, schnelle und pragmatische Lösungen für die Probleme vor Ort zu finden. Seit 2018 ist sie Mitglied im Bundesvorstand der Jungen Union und leitet die Kommission für Klima, Umwelt und Energie. Dort setzt sie sich für eine pragmatische und ideologiefreie Umweltpolitik ein, die nicht gegen, sondern mit der Wirtschaft umgesetzt werden kann. Zudem ist Harden Geschäftsführerin der CDU Erkrath, sachkundige Bürgerin im Kreistag Mettmann und Mitglied im Bundesfachausschuss Umwelt und Landwirtschaft der CDU Deutschlands.

Die MIT ist mit rund 25.000 Mitgliedern der stärkste und einflussreichste parteipolitische Wirtschaftsverband in Deutschland. In unserer Vereinigung ist jeder willkommen, der die ordnungspolitischen Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft schätzt. In dieser Rubrik stellen wir mit jeder Ausgabe drei unserer Neumitglieder vor. Mehr Infos zur Mitgliedschaft: www.mit-bund.de/mitgliedschaft

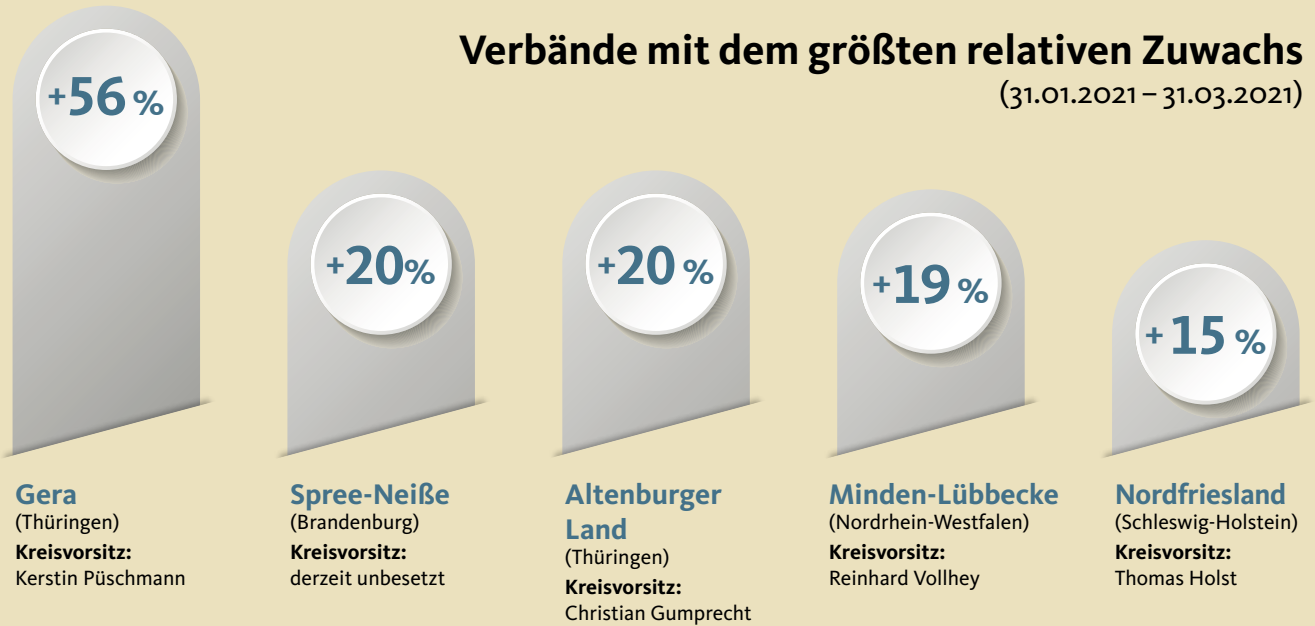


Mitgliederstatistik

Die fünf größten MIT/MU-Kreisverbände (31.03.2021)



Verbände mit dem größten relativen Zuwachs (31.01.2021 – 31.03.2021)



Verbände mit dem größten absoluten Zuwachs (31.01.2021 – 31.03.2021)



**Wir packen viel.
Aber nicht noch mehr
Bürokratie.**



Ohne Industrie kein Wohlstand.

GESAMT**METALL**
Die Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektro-Industrie